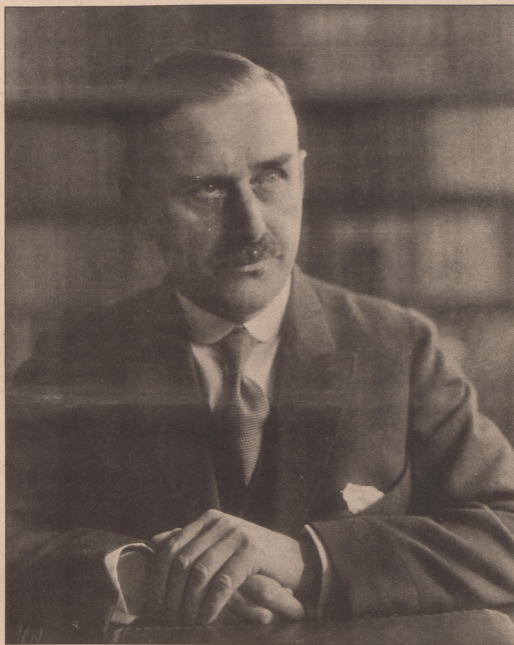


Sicherheit
Kling

Der Heimatsdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatsdienst, Berlin ZB 35



Thomas Mann

Transocean G. m. & H.

Das Problem der Reparationsfachlieferungen.

Von Geh. Reg.-Rat Dr. Clausen.

Die Damesachverständigen haben sich sehr eingehend mit der wirtschaftlichen Problematik der Sachlieferungen befaßt. Sie kommen in ihrem Bericht zu einer Anerkennung der Notwendigkeit, die Sachlieferungen fortzusetzen, führen dafür allerdings überwiegend Gründe an, die auf anderen Gebieten liegen. Sie sagen nämlich, daß die Sachlieferungen fortgesetzt werden müßten, weil sie

1. im Verträge von Versailles vorgesehen seien,
2. zur Zeit noch (d. h. im Frühjahr 1924) für die Wirtschaft mehrerer alliierter Staaten unentbehrlich seien und nicht ohne erhebliche Erschütterungen beseitigt werden könnten,
3. helfen könnten, zu verhindern, daß ein künftiger deutscher Ausfuhrüberschuß durch Kapitalanlagen deutscher Privatpersonen im Ausland aufgefressen werden würde und
4. endlich, wenn der Grundsatz nicht überleben würde, einen Anporz für die deutsche Produktivität bilden und auf diese Weise einen größeren Ausfuhrüberschuß ergeben könnten.

Die drei zunächst angeführten Gründe zeigen, daß auch die Dawesachverständigen in den Sachlieferungen vorwiegend einen besonderen Vorteil und eine besondere Sicherheit für die Gläubigermächte erblickten und aus diesem Grunde ihre Aufrechterhaltung forderten. Besonders in den zuletzt angeführten Gesichtspunkten werden auch Interessen der deutschen Volkswirtschaft berücksichtigt, wenn nämlich gesagt wird, daß die Sachlieferungen durch Anporzierung der deutschen Produktivität einen größeren Ausfuhrüberschuß ergeben könnten. Damit hängt zusammen der von den Dawesachverständigen an die Spitze ihrer Ausführungen gestellte Grundsatz, daß die Sachlieferungen in ihrer finanziellen Auswirkung sich tatsächlich nicht von Überüberweisungen unterscheiden und daß sie auf die Dauer den Wirklichen für die Ausfuhr verfügbaren Überschuß der deutschen Produktion über den Verbrauch nicht übersteigen können, ohne die Währung in Unordnung zu bringen oder die Aufnahme auswärtiger Anleihen notwendig zu machen. Die Sachlieferungen dürfen also den verfügbaren Ausfuhrüberschuß nicht übersteigen, sie können aber, richtig eingesetzt, einen größeren Überschuß als den verfügbaren ergeben. Hierzu ist nun auf folgenden Standpunkt aus grundsätzlicher zu bemerken, daß nur die sog. zusätzlichen Sachlieferungen eine Steigerung der deutschen Ausfuhr bedeuten, d. h. diejenigen Sachlieferungen, die über die normale Ausfuhr hinaus von den Gläubigerländern aufgenommen werden wie beispielsweise in Frankreich die Besellungen der öffentlichen Hand, Städte, Hofverwaltungen, Elektrizitätswerke usw., die im normalen Verkehr sicherlich nicht gerade nach Deutschland gelehrt worden wären. Dagegen sind Sachlieferungen, die lediglich an die Stelle einer normalen Ausfuhr treten, welche nach menschlichem Ermessen in derselben Weise und Höhe auch ohne die Bezahlung über Reparationskonto erfolgt wäre, nicht als ein wirtschaftlicher Vorteil für Deutschland anzusprechen, sondern eher als ein Nachteil, insofern es nämlich durch die Schaffung des künftigen Ausfuhrüberschusses sehr leicht der normale Ausfuhrüberschuß bauernd zerstört werden kann.

Das Kondoner Schlupprotokoll vom August 1924, das als Vertrag zwischen den Regierungen den Dawesplan in Kraft setzte, brachte über diesen hinaus auf dem Sachlieferungsgebiet noch eine Reihe ergänzender Bestimmungen, die zu einem großen Teil wieder ausschließlich im Interesse der alliierten Mächte lagen, wie z. B. die Verpflichtung der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß die von den Angehörigen der Gläubigerländer angeforderten deutschen Sachlieferungen zu den gewöhnlichen geschäftlichen Bedingungen zu erhalten seien. Diese Verpflichtung der deutschen Regierung wurde für bestimmte Warengruppen wie Kohle, Farben und Stidstoff noch verstärkt durch die Bestimmung, daß die deutsche Regierung durch einen Schiedsrichter zu unmittelbaren Lieferungen verurteilt werden könne, wenn dieser feststellen habe, daß die betreffende Ware anders nicht zu normalen Bedingungen zu erhalten sei.

In der Folge der Kondoner Vereinbarungen trat ein besonderes paritätisch besetztes Komitee zusammen, das die Aufgabe hatte, eine Verfahrensvorschrift für Sachlieferungen aufzustellen. Das Komitee wählte im Verlauf seiner Arbeiten zu seinem neutralen Vorsitzenden den schwebischen Bankier Markus Wallenberg. Nach diesem wird die von dem Komitee aufgestellte und noch heute geltende Verfahrensvorschrift für Sachlieferungen allgemein als das Wallenberg-Reglement bezeichnet. Eine Überprüfung dieses Reglements zum Zwecke seiner Anpassung an die Vorschriften des Hounsplans findet befanntlich zur Zeit in Paris durch ein besonderes Komitee statt. Das Wallenberg-Reglement enthält in erster Linie Bestimmungen über Form und Inhalt der Sachlieferungsverträge,

über die Grundätze für die Erteilung der Genehmigung und über die Art der Bezahlung. Ihm sind mehrere Skizzen beifolgt, in denen diejenigen Waren einzeln aufgeführt sind, welche auf Reparationskonto überkauft nicht oder nur als Kontingente geliefert werden dürfen. Ferner diejenigen Waren, die einen größeren Prozentsatz an fremdem Rohstoff enthalten und entsprechend von dem Käufer teilweise in der bezahlt werden müssen. Außerdem ist in der Verfahrensvorschrift enthalten das bereits in früheren Abkommen vorgesehene Verbot des Reexports, d. h. das Verbot der Wiederausfuhr von Sachlieferungen aus dem betreffenden Gläubigerland. Besondere Bestimmungen sind getroffen, um Einseitverträge und sonstige Schenkungen zu verhindern. Endlich ist noch auf eine besonders wichtige Vorschrift zu verweisen, daß nämlich jeder Sachlieferungsvertrag das ausdrückliche Einverständnis des deutschen Verkäufers mit der Bezahlung durch den Generalagenten enthalten muß. Diese Bestimmung ist getroffen worden durch eine Entscheidung des neutralen Vorsitzenden gegenüber der Forderung der Alliierten, daß auch ohne oder selbst gegen den Willen eines Verkäufers gewöhnliche Handelsgeschäfte in den Sachlieferungsverkehr übergeleitet werden könnten.

Das Sachlieferungsproblem unter dem Dawesplan hat im großen und ganzen reibungslos gearbeitet. Gemäß gab es mancherlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den von den Regierungen eingesetzten Sachlieferungskomitees. Es ergab sich auch gelegentlich die Notwendigkeit, gegen einzelne Firmen wegen grober Verhältnisse gegen die Vorschriften vorzugehen. Der technische Apparat hat aber im wesentlichen so gearbeitet, daß ernsthafte Wünsche nach seiner Aenderung von seiner Seite erhoben werden konnten.

Mit den steigenden deutschen Annuitäten gewannen die Reparationsfachlieferungen allmählich an Ausmaß, die alle Erwartungen überstiegen. Unter dem starren Druck des Transferskomitees mußten die Gläubigerregierungen sich dazu verstehen, immer mehr Sachlieferungen von Deutschland zu beziehen. In den ersten vier Dawesjahren stiegen die Zahlungen des Generalagenten für Sachlieferungen von 421 Millionen im 1. Dawesjahr auf 724 Millionen im 4. Dawesjahr. Danach betragen die Zahlungen für die Bezüge frankreichs im 1. Jahr 254 und im 4. Jahre 477 Millionen RM. Im 5. Dawesjahr hat der Generalagent rund 1 Milliarde RM. für Sachlieferungen und beinahe über 700 Millionen RM. für die französische Bezüge bezahlt. Mit dieser unerwarteten Entwidlung gemann das Problem der Sachlieferungen ein neues Gesicht.

Auf ungeteilte Ablehnung stießen die Sachlieferungen namentlich in demjenigen Hauptgläubigerland, das selbst nicht Empfangsland für Sachlieferungen war und sein wollte: England. Seine Industrie, sein Bergbau und damit auch seine Regierung perzipierten mit immer mehr steigendem Mißfallen die als „unfair“ bezeichnete Konkurrenz der deutschen Sachlieferungen auf wichtigen englischen Absatzmärkten wie Frankreich und Italien.

In den eigentlichen Empfangsändern der Sachlieferungen war die Stimmung geteilt. In Frankreich haben zahlreiche öffentliche Stellen, Kommunen, Hofverwaltungen usw. für weitestgehende Bauprojekte, die unter anderen Umständen noch lange ein Traum geblieben wären, die Möglichkeit der Verwirklichung. Diese Stellen waren und sind noch heute warme Freunde der deutschen Sachlieferungen. Mit ihnen machte französische Industrie, denen in Verbindung mit den deutschen Arbeiten neue unerwartete Verdienste- und Beschäftigungsmöglichkeiten erblühten. Andere Industrien meinten sich natürlich auf das Befügige gegen das immer härter werdende Auftreten der deutschen Industrie auf dem französischen Markt. In der französischen Regierung verneinte es der Finanzminister mit Mißbehagen, daß die deutschen Reparationsleistungen, wenn sie in Form von Sachlieferungen kamen, in seiner Kasse durchschnittlich nur mit 75—80 v. H. des Normalbetrages in Erscheinung traten; der Rest ging drauf für Zollermäßigungen, zinsfreie Stanbungen usw. Ähnlich wie in Frankreich war die Lage in Belgien. In Litauen teilte sich Staat und Wirtschaft in belagerten Umfangs auf den Bezug von deutscher Reparationshilfe um, die an die Stelle eines Teils der bisher aus England und Polen bezogenen Kohle trat. In den östlichen Ländern wie Rumänien und Jugoslawien erteilte die öffentliche Hand auf Reparationskontos Aufträge großen Umfangs, teilweise auf weite Sicht, vielfach verbunden mit Kreditstationen großen Stiles.

Wie mußte man in Deutschland das Problem sehen, als man im Februar 1929 zu den Verhandlungen nach Paris ging? Deutschland war bei den Beratungen der Hounsachverständigen zum ersten Male nicht mehr lediglich das Objekt der Untersuchung durch fremde Sachverständige, sondern die deutschen Sachverständigen arbeiteten und verhandelten gleichberechtigt in dem Houns-Komitee. Sie fanden somit vor der Frage, ob sie sich für

oder gegen den Fortbestand der Sachlieferungen einsehen sollten. Trotz mancher Bedenken haben sie die Frage bejaht. Sie fanden aber bei den Vertretern der Gegenseite den festen Entschluß, in absehbarer Zeit das System der Sachlieferungen zu befeitigen. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen ist die Hälfte der Sachlieferungsquote des ersten Doungjahres ist auf die Hälfte derjenigen des letzten Jahresjahres festgelegt. Die Quoten sinken rasch ab, und nach zehn Jahren hören die Sachlieferungen ganz auf. Auf der anderen Seite steht es nicht mehr im Ermessen eines Transferkomitees oder einer Gläubigerregierung, ob Sachlieferungen bezogen werden sollen, sondern die Quotenfestsetzung ist für die einzelnen Länder bindend.

Bei den Verhandlungen in Haag im August d. J. erfolgte ein scharfer Vorstoß der englischen Vertreter gegen die Regelung, die das Sachlieferungsproblem im Doungplan gelöst hätte. Sie forderten zunächst grundsätzlich die Befestigung der Sachlieferungen überhaupt und konkretisierten ihre Forderungen schließlich auf zwei wesentliche Punkte, nachdem ihnen in einer Reihe von Nebenfragen bereits Zugeständnisse gemacht waren. Es ging ihnen um die deutschen Kohlenlieferungen nach Italien und um die Möglichkeit, eine Aufrechterhaltung oder gar Ausweitung der Sachlieferungen während eines Moratoriums vornehmen zu können. Die deutschen Möglichkeiten gegenüber den englischen Anprühlungen waren nur beschränkt. Eine Mitwirkung der deutschen Regierung bei der Auswahl der einzelnen Warengruppen, die auf Reparationskonto bezogen werden sollten, ist im Wallenberg-Reglement nicht vorgesehen, solange sich diese Auswahl im Rahmen der geltenden Vorschriften hält, und in der Frage des Moratoriums waren die Vorläufe des Doungplans so gefaßt, daß eine Klärstellung nach einer Richtung hin unermesslich war. Wenn man diese Lösungen berücksichtigt, wird man die im Haag vereinbarte Regelung als erträglich bezeichnen müssen.

Die Beurteilung, welche die nunmehrige Regelung der Sachlieferungen in der deutschen Öffentlichkeit gefunden hat, ist eine außerordentlich schwankende. Es ist interessant festzustellen, daß in

der Kritik, die in den letzten Wochen am Doungplan geübt wurde, zwei Kritiken aus demselben Lager am gleichen Tage als ein besonderes Bedenken gegen den Doungplan geltend machten, der eine, daß die Dounglastenverhältnisse sich nicht vom alten Niveau freigemacht hätten, daß Sachlieferungen eine mildere Form der Tributbelastung seien, der andere, daß der Doungplan die Sachlieferungen herabsetze und sogar zum Verschwinden bringe und damit unsere Industrie treffen solle und müsse. Demgegenüber steht wohl das eine fest, daß die Vermeidung des plötzlichen reißenden Abstoppens aller Sachlieferungen dem einmütigen Wunsch aller deutschen Wirtschaftsleute entspricht. Eine Übergangsregelung war absolut notwendig, und sie ist auch in ausreichendem Maße erreicht worden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Sachlieferungsquoten in wenigen Jahren zur Bedeutungslosigkeit herabfallen werden. Es entwickelt sich damit zunächst die Möglichkeit, die unter dem Damesplan bereits begonnen hatte, sich in die Wirtschaft umzufügen, den Gläubigerländern klar und eindringlich vor die Augen zu führen, daß ein Schuldnerland auf die Dauer nur mit Waren bezahlen kann; daß es unmöglich ist, von Deutschland Milliardenabgaben zu verlangen und sich gleichzeitig gegen den Strom deutscher Waren zu wehren; daß die Politik des: „Wasch mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß“ auf die Dauer nicht durchführbar ist gegen die zwingende Gewalt der wirtschaftlichen Gesetze. Die Gläubigermächte versuchen, sich gegen diese Gefährdung zu wehren, indem sie die Sachlieferungen befeitigen. Sie werden erkennen, daß nunmehr der Warenstrom aus Deutschland in den normalen Kanälen sich seinen Weg über und durch ihre Zollmauern dahin wird. Die Sachlieferungen als zusätzliche Ausfuhr hätten diesen Prozeß vielleicht einfacher und reibungsloser gehalten. Aber auch so werden die wirtschaftlichen Gesetze sich durchsetzen, wenn auch unter schweren Reibungsverlusten und Reibungsverlusten für alle Beteiligten. Einmal wird der Zeitpunkt kommen, wo alle verantwortlichen Stellen der Welt die zwingende Kraft der wirtschaftlichen Gesetze nicht nur erkennen, sondern auch aus dieser Erkenntnis die notwendigen Folgerungen ziehen werden.

Thomas Mann.

Von Arthur Cioesser.

Thomas Mann hat den Nobelpreis für Literatur erhalten, der fünfte Deutsche nach Theodor Mommsen, Paul Heyse, Rudolf Eucken, Gerhart Hauptmann. Diese höchste literarische Auszeichnung, die die Welt kennt, wird in Deutschland tief befriedigt und außerhalb Deutschlands bereitwillige Zustimmung finden. Thomas Mann ist im eigenen Hause unser populärster Romanschriftsteller und außerhalb seines Volkes, seiner Sprachgemeinschaft eine literarische Größe, die man respektiert, die man als Talent, als Charakterbildung anerkennt, und an der man zu messen pflegt. Sein letztes großes Werk „Der Zauberberg“ war sofort ein europäischer Erfolg, ein Aufbruch an alle Nordendlichen, alle Verantwortlichen, die um die Krankheiten des alten Europa besorgt sind, die an seine Heilung, an seine Wiederherstellung aus der Zerrissenheit glauben.

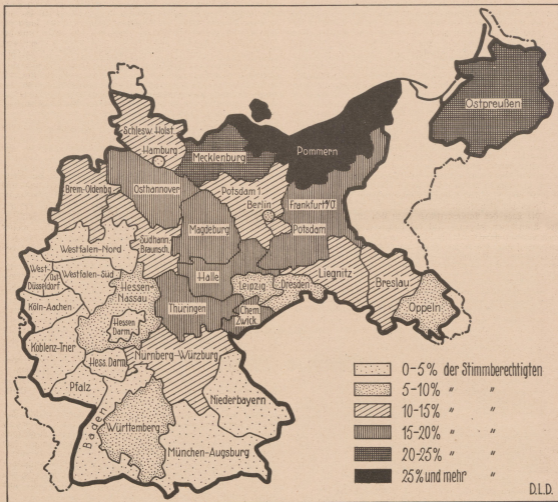
Die Popularität von Thomas Mann beruht auf den „Buddenbrooks“, sie hat ihre eigentümliche, fast paradoxe Geschichte. Der damals fünfundsundzwanzigjährige begann den Roman in Italien, er war dahin von seiner läubdigen Heimat verschlagen worden, Abkömmling eines stolzen hanseatischen Handelshauses, das im Laufe der Jahre zusammengefallen war. So schrieb er den Untergang eines Geschlechtes, so hielt er sich für einen aus dem bürgerlichen Leben Entwurzelten, der eine neue Lebensform kaum zu finden hoffte. Es war die Zeit der literarischen Dekadenz um die Jahrhundertwende.

Der junge Dichter hatte es sich gewiß nicht träumen lassen, daß da in einer quälendsten Epoche der Unentschiedenheit ein Hausbuch des deutschen Volkes entstand. „Das erwebt, das weiß kein Weber.“ Dies Wort von Heine trifft auch auf einen Künstler zu, dem Mißverständende zu viel Bewußtheit oder Unachtsamkeit zuschreiben wollten. Thomas Mann in seiner unheimlichen ängstlichen Lebenslage wollte damals eine fähige Selbstanalyse gegen sich anstellen. Aber Blut ist wider als Wasser und auch noch wider als Tinte. Indem der

Dichter nur sich selbst suchte, fand er die Vergangenheit seiner Familie und deutsche bürgerliche Vergangenheit überhaupt. In aller Unbehaglichkeit seines Zustandes füllte er seine Schilderung mit einer Behaglichkeit, mit einer liebenswürdigen Gegenwart, die das Buch so anheimelnd für das deutsche Volk gemacht hat.

Thomas Manns Novellen gehören viel mehr zur Literatur im engeren Sinn, immer erlebte, aber auch artistisch hochgetriebene Kunstwerke, die mit zarten Händen angefaßt werden müssen. Die „Buddenbrooks“ sind für jeden da, für die Anpruchslosen wie für die Anpruchsollen, für die Alten wie für die Jungen, und eine Generation hat sie schon der anderen in die Hand gegeben. Wir zweifeln nicht, daß sie als köstliches Erbgut noch lange dauern werden. Es ist das Werk, mit dem Thomas Mann sich das Vertrauen seines Volkes erworben hat, wie er fünfundsundzwanzig Jahre später sich seinen internationalen Ruhm mit „Der Zauberberg“ holte. Noblesse oblige. Aber Erfolg verpflichtet nicht weniger.

Es geschah dem Dichter, daß er als Vertrauensmann des deutschen Volkes eingesetzt wurde, obgleich er es immer nur mit seinen eigenen persönlichen Erlebnissen zu tun zu haben glaubte. Deutschland hat einen Krieg verloren; wir spüren trotz allen Nachwirkungen die allmähliche Wiedererhebung. Wir haben vor allem nach dem Sturz des persönlichen Regimes die Verantwortung für unser Schicksal selbst übernommen. Thomas Mann hat sich nach ersten inneren Auseinandersetzungen zur Republik und zur Demokratie bekannt. Gerade sein Erfolg verpflichtete ihn, sich zu den höchst Verantwortlichen mit zu rechnen, sich, mahndend und forgend, aber auch hell rufend und ermutigend zu den wahren Patres patrias zu stellen. Ein Land ist erst entworfen, wenn es geistig abhandelt. Deutschland fühlt sich heute mehr als je vor der Welt durch seine Dichter, Künstler, Forscher vertreten. Thomas Mann empfängt den Nobelpreis gewiß als eine Auszeichnung, die mehr als eine persönliche Ehreung für ihn allein bedeutet.



Das amtliche Ergebnis des Volksbezgehrens über das sogenannte „Freiheitsgesetz“ liegt noch nicht vor; doch gestattet die vorläufige Zählung mit ausreichender Sicherheit die prozentuale Beteiligung der Bevölkerung innerhalb bestimmter Landesgrenzen festzustellen. Stimmberechtigt waren 41 073 459 Personen; davon haben sich beteiligt 4 153 812 Personen, das sind 10,06 v. H. Ein Blick auf die oben wiedergegebene Karte zeigt, daß die größte Dichtigkeit der Eintragungen zugunsten des Volksbezgehrens in Pommern festzustellen ist; es haben sich dort durchschnittlich 33,12 v. H. der Stimmberechtigten in die Listen eingetragen. In Ostpreußen betrug die Beteiligung 20—25 v. H. Das gleiche Ergebnis zeigt Mecklenburg. In den mehr industriellen Gebieten und im besonderen in den

großen Städten ist die Anteilnahme der Bevölkerung wesentlich geringer gewesen. Die stärkste Ablehnung aber fand das Volksbezgehren in den westlichen und südlichen Teilen des Reiches. Die Gebiete, die einmal befreit gewesen sind oder denen die Befreiung einmal eine drohende Gefahr gewesen ist, haben dem Volksbezgehren die Gefolgschaft verweigert. Im Abstimmungskreis Köln/Aachen haben nur 1,32 v. H., im Abstimmungskreis Koblenz/Trier nur 1,25 v. H., im Abstimmungskreis Düsseldorf-Ost nur 2 v. H. der Stimmberechtigten zugestimmt. Sehr beachtlich ist auch das Verhalten des Abstimmungskreises Oberbayern/Schwaben, wo nur 4,28 v. H. ihre Unterschrift gaben; im Abstimmungsbezirk Niederbayern waren es 2,65 v. H., im Abstimmungsbezirk der Pfalz 2,83 v. H.

Volkswirtschaftliche Tagesfragen.

Von Ministerialrat Dr. Seßler.

Das deutsche Wirtschaftsleben ist stark bewegt und reich an sorgenschweren Fragen, die der Lösung harren. Sie alle stehen untereinander in mehr oder minder engem Zusammenhang. Im raschen Laufe des Geschehens wechselt der Grad ihrer Dringlichkeit. Auf die volkswirtschaftlichen Fragen, die jetzt die Tagesgeschichte stärker beherrschen als andere, vielleicht ähnlich bedeutsame, soll kurz eingegangen werden.

Daß die bittere Not der Landwirtschaft ihre Wirkungen auf nahezu alle Erwerbsstände ausübt, ist in neuerer Zeit von den weitesten Kreisen eingesehen und empfunden worden. Der Arbeiter weiß, daß Schornsteine nicht rauchen und damit Arbeitsgelegenheiten wegfallen, wenn der Bauer die industriellen Erzeugnisse nicht kaufen kann. Der Mittelstand vermisst den Landwirt schwerer als Käufer und Besteller.

Die Hebung des Inlandabfahes von Industrie, Handel und Gewerbe ist nur möglich durch Verbesserung der Lage der Landwirtschaft. „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“

Nun hat aber der Bauer jetzt leider kein Geld, sondern äußerst drückende Schulden. Sie beliefen sich Mitte 1929 auf 12 200 Millionen, die Zinsenlast auf nahezu 10 v. H. im Durchschnitt, etwa den doppelten Betrag der Vorkriegszeit. Hinzutreten auf der Ausgabenseite die hohen Steuern und Abgaben. Sie übersteigen die Vorkriegeshöhe um ein Mehrfaches.

Andererseits sind die Einnahmen der Landwirtschaft, verglichen mit den Vorkriegsjahren, stark zurückgegangen. Es ist also kein Wunder, daß die Landwirtschaft immer weiter ver-schuldet und in immer schwerere Not gerät. Wie soll ihr geholfen werden? Sie spart bereits im äußersten Maße. Besonders die kleinen und mittleren Bauern begnügen sich mit dem geringsten Lebensbedarf. Es ist erschütternd, wenn nach neuen Berechnungen Sachkundiger Bauersfrauen im Jahre fast 4000 Stunden arbeiten und wenn der Ertrag ihrer Arbeit in ungünstigen Fällen einem Stundenlohn von nur etwa 10 Pfennigen gleichkommt.

Die Lage der Landwirtschaft kann sich nur bessern, wenn ihre Einnahmen steigen. Auf der letzten Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats in München wurde dies überzeugend nachgewiesen. Die Spanne zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen der Landwirtschaft muß allmählich verschwinden. Die starken Schwankungen der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse müssen mehr und mehr vermieden werden.

Für die Nachteile der starken Preischwankungen sind die Verhältnisse auf dem Schweinemarkt bezeichnend. Preistiefstände mit 50 RM. für den Zentner Lebendgewicht wechseln mit Höchstpreisen von weit mehr als 80 RM. in ziemlich rascher Folge. Es liegt nahe, daß der Bauer bei guten Preisen die Zucht vermehrt und sie bei schlechten vermindert. Aber gerade dadurch trägt jeder einzelne zu der ungelunden Preisbewegung bei. Mitte 1929 betrug der Schweinebestand nur etwa 16% Millionen. Steigt die Zahl wieder auf 22% Millionen, den Stand von 1927, dann müssen die Preise fast heruntergehen.

Schon dieses Beispiel zeigt, daß Angebot und Nachfrage auf den innerdeutschen Märkten für die Preisbildung in erster Linie entscheidend sind. Aber auch der Weltmarkt bedroht die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Bessere klimatische Verhältnisse, billigere Lebens- und Arbeitsbedingungen, weitgehende Verwendung rationell arbeitender Maschinen und vorbildliche Marktorganisation ermöglichen es dem Ausland, seine Waren in vielen Fällen wesentlich billiger nach Deutschland einzuführen, als sie im Inlande hergestellt werden können. Die Landwirtschaft erstrebt deswegen einen möglichst weitgehenden Zollschutz, während die Verbraucher von Zollhöhen eine starke Verteuerung ihrer Lebenshaltung fürchten. Wie bei allen Gegenständen dieser Art wird eine gesunde Mittellinie gefunden werden müssen, die beiden Interessen im Rahmen der gesamten Wirtschafts-lage Rechnung trägt.

Starke Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion sind möglich und nötig. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß allein schon durch Steigerung der Erzeugung auf den Gebieten der Volksernährung und der Geflügel- und Eierproduktion die Rentabilität der Landwirtschaft wiederhergestellt werden könnte.

Vorbedingung hierfür ist aber die Aufnahmefähigkeit der breitesten Massen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der arbeitende Mensch verzehrt wesentlich mehr als der Arbeitslose, schon weil dessen Kräfteverbrauch geringer ist. Wer auf Wohlfahrtsunterstützung, also lediglich die Gewährung des dringenden Notbedarfs, angewiesen ist, verzehrt weniger als der Arbeitslose, der für sich und seine Familie Unterstützung erhält.

So zeigt sich die starke Abhängigkeit der Landwirtschaft im Abzug ihrer Erzeugnisse von dem Schicksal der anderen Erwerbszweige und Bevölkerungs-schichten.

Zur Überwindung der Not der Landwirtschaft hat die öffentliche Hand helfend eingegriffen. Sie unterstützt die Verbraucher, die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu

heben, durch Maßnahmen der Handelspolitik und durch Zoll-regelungen sowie durch Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Erzeugung und des Absatzes. Sie sucht die öffentlichen Kassen, die auf der Landwirtschaft ruhen, und die privaten Zinsverpflichtungen nach Möglichkeit zu mildern. Umschuldungsstrebte, die sie gibt oder vermittelt, ermöglichen es, die schwebenden Schulden der Landwirtschaft in dauernde Belastungen umzumandeln. In der Provinz Ostpreußen, die durch ihre Abtrennung vom übrigen Deutschland im besondern Maße der Fürsorge des Reiches und Preußens bedarf, sind diese Hilfsmaßnahmen gesteigert und durch weitere ergänzt worden.

Die Sorgen des Berufsstandes sind auch hier allgemeine Sorgen, zu deren Erleichterung geschickt, was bei der un-günstigen Lage der öffentlichen Finanzen irgend ge-schehen kann.

Nicht immer wird ausreichend gewürdigt, daß die Geld-mittel des Staates wie seine Wirtschaftsmittel begrenzt sind, und daß deswegen auch als wirtschaftlich notwendig erkannte Ziele häufig nicht ausreichend gefördert werden können. Gerade die Notlage der Landwirtschaft zeigt dies deutlich. Können mit öffentlichen Mitteln ihre Schuldenlasten weiter erleichtert und Stiefungen und Meliorationen über das jetzt gegebene Maß hinaus bedacht werden, so würde dies das ganze Wirtschaftsleben anregen und befruchten.

Die Lage der öffentlichen Finanzen aber ist, wie bekannt, außerordentlich schwierig. Mit äußerster Mühe nur kann der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeigeführt werden.

Von der Gehaltung der öffentlichen Finanzen hängt nicht nur ab, in welchem Maße dringende allgemeine wirtschaftliche Ziele unterstützt werden können, noch wichtiger für alle ist die Frage, wie schwer jeder einzelne, jeder Betrieb, jeder Berufsstand unter dem Steuerdruck zu leiden hat. Jeder ist dadurch insbesondere auch auf das härteste an der Frage interessiert, wie die Kriegsschulden geregelt werden. Sie sind ja die schwerste Last des Reiches, nicht nur wegen ihrer Höhe, auch deswegen, weil sie als Tribut an die Gegner im Welt-kriege schmerzlich empfunden werden.

Es geht aber nicht an, die für die wirtschaftliche Zu-kunft des Volkes entscheidende Frage der Kriegs-schuldenerregung aus gefühlsmäßiger Einstellung heraus zu beurteilen. Kalte rechnerische Erwägungen sind allein am Platze. Der bekannte bayerische Bauernführer Heim hat noch immer recht, wenn er sagt, die Kriegsschulden durch ein Gesetz beseitigen zu wollen bedeutet daselbe wie eine Verordnung: Vom 1. Oktober ab ist die Maul- und Klauenseuche abgeschafft.

Wirtschaftlich gesehen, steht Deutschland vor der Wahl, ob es die Neuregelung der Schulden mit den Erleichterungen annehmen will, die sie bringt, oder ob es die schweren Ge-fahren eines Zusammenbruchs auf sich nehmen soll.

In der Notlage, in der sich Deutschland befindet, ist es schon von Wert, wenn sich die Zahlungen an die Sieger des Weltkrieges im nächsten Jahrzehnt um jährlich 500 bis 700 Millionen mindern, wenn die Sonderbelastungen von Industrie und Landwirtschaft fallen, wenn Reichsbank und Reichsbank wieder fremdem Einfluß entzogen werden und wenn die verschiedenen Finanzkontrollen ihr Ende erreichen. Es sollen keine Berichte des Reparationsagenten mehr ver-öffentlicht werden, die durch scharfe Kritik an den deutschen finanziellen Zuständen Wirtschaftsleben und Börse be-unruhigen. Der Wohlstandsindeb soll beseitigt werden, der das natürliche Wachstum des Volkes und seinen deswegen vermehrten Verbrauch als Anzeichen gesteigerter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ansieht. Aus dieser unrichtigen Auf-fassung würde er die jährlichen Lasten über 2,5 Milliarden hinaus in die Unendlichkeit steigern können. Endlich soll die Schuld nun zeitlich und in ihrer Höhe begrenzt werden, während sie bisher in beiden Richtungen feineswegs festgelegt war. Wie schwer auch die Belastung zweier Generationen mit Recht empfunden wird, nun soll wenigstens eine Einnahme vereinbart werden, die für alle Zukunft als die äußerste Grenze der Leistungen gelten wird.

Welches waren nun die Folgen einer Ablehnung des
Houngplans ?

Deutschland ist an das Ausland mit etwa 7 Milliarden kurzfristig und mit 7,5 Milliarden langfristig verschuldet. Wohl die Mehrzahl der Geldgeber würde die Darlehen für gefährdet halten, sie würden sie so bald wie möglich aus Deutschland zurückziehen. Die Wirkungen lassen sich leicht übersehen. Bei dem drückenden Kapitalmangel in Deutschland wäre kein ausreichender Ertrag zu schaffen. Die Reichsbank müßte zum Schutze der Währung ihre Kredite auf das äußerste einschränken. Eine unübersehbare Zahl von Betrieben würde zum Erliegen kommen oder wenigstens wegen unzulänglicher Betriebsmittel nur eingeschränkt weiter arbeiten können. Das Heer der Arbeitslosen würde ins Ungemessene wachsen. Alle Berufsstände würden in Mitleidenschaft gezogen. Eine geregelte Fortführung des Wirtschaftslebens wäre unmöglich oder doch zum mindesten auf das äußerste gefährdet, schwere Notlagen und innere Unruhen wären die Folge.

So ist die Stellungnahme zum Houngplan auch wirtschaftlich die Schicksalsfrage für das deutsche Volk.

Das trotz mancher Fortschritte doch noch im höchsten Grade gedrückte Deutschland darf keiner solchen Katastrophe zutreiben. Es braucht eine ruhige Entwicklung, wenn auch unter schwersten Kosten. Es braucht vor allem den Kredit des Auslandes, um seine Aufbauarbeiten fortzusetzen.

Kredit im weitesten Sinne ist Vertrauen. Ohne dieses Vertrauen leiht das Ausland keine Gelder dar. Ohne Vertrauen auf die Zuverlässigkeit und die kaufmännischen Fähigkeiten der Deutschen wird sich das Ausland auch nicht an deutschen Unternehmungen durch Aktienkauf oder in anderer Weise beteiligen. Ohne Vertrauen in eine normale Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft wird das Ausland im allgemeinen auch keine deutschen Betriebe kaufen und weiterführen. In diesen drei Arten der Betätigung ausländischen Kapitals in der deutschen Wirtschaft besteht ein starkes allgemeines Interesse.

Die Aufnahmefähigkeit des Auslandes für deutsche Anleihen ist begrenzt. Mit Recht wird deswegen gefordert, daß die Anleihen vor anderen den Vorrang haben, die in der wirtschaftlich wichtigsten und aussichtsreichsten Weise verwendet werden.

Die Beteiligung des Auslandes an deutschen Unternehmungen wird verschieden beurteilt. Die einen halten sie für erwünscht, die anderen für bedenklich. Sie fürchten die Überfremdung, die übermäßige Einflußnahme des Auslandskapitals auf die deutsche Wirtschaft.

Es ist schwer, in dieser Frage allgemeingültig Stellung zu nehmen. In jedem einzelnen Falle werden die Verhältnisse verschieden liegen. Eine Beteiligung fremden Kapitals, die zur vollen Ausnutzung oder zur Erweiterung deutscher Anlagen führt, wird zu begrüßen sein. Sie schafft den Arbeitslosen neue Arbeitsgelegenheit und bringt zusätzlichen Verdienst ins Land. Das Vertrauen des Auslandes in Deutschlands Zukunft, das sich in der Beteiligung ausdrückt, ist zur weiteren Festigung der weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und damit seiner Zukunftsaussichten wertvoll.

Diese Verknüpfung des ausländischen Unternehmer-schicksals mit der deutschen Wirtschaftsentwicklung tritt noch stärker in die Erscheinung, wenn deutsche Unternehmungen in fremde Hände übergeben. Es ist nicht unmöglich, daß sich diese Tatsache gelegentlich für Deutschland günstig auswirkt. Im allgemeinen aber ist jeder Verkauf deutscher Unternehmungen an das Ausland im nationalwirtschaftlichen Sinne zu beklagen. Der Unternehmergewinn fließt ins Ausland, die Gefahr ist erst zu nehmen, daß der Ausländer bei unglücklicher Entwicklung der Verhältnisse deutsche Betriebe rascher schließen wird als der deutsche Unternehmer.

Die Rationalisierungsmassnahmen bedeuten eine wesentliche Stärkung der deutschen Kreditfähigkeit im Ausland. Die Riesenunternehmungen der Industrie und die starke Zusammenballung von Bankkapital bieten dem Ausland bei der Kreditbewilligung Sicherungen, die Einzelunternehmungen in gleichem Maße kaum bieten können.

Für den deutschen Kredit im Ausland schädigend wirken dagegen zusammen erhebliche größere Stills, die auf mangelndes Verantwortungsbewußtsein der leitenden Persönlichkeiten zurückzuführen sind.

Besonders stark aber wird das Inland dadurch beeinträchtigt. Es vergeht ja kaum ein Tag, an dem nicht die Presse Laßtäden meldet, die auf den allgemeinen Stand der Geschäftsmoral und damit der Kreditwürdigkeit außerordentlich ungünstige Schlaglichter werfen.

Es ist wirklich ein Problem, wie diesem Abstand entgegengewirkt werden kann. Den einzelnen und die Allgemeinheit belafet und gefährdet er auf das schwerste.

Es konnte nur versucht werden, in großen Zügen auf die gegenwärtig wichtigsten volkswirtschaftlichen Tagesfragen und ihre Zusammenhänge hinzuweisen. Um sie näher zu erfassen, bedarf es eingehenderer Darlegungen. Vielleicht aber tragen diese Ausführungen doch dazu bei, zum Nachdenken darüber anzuregen, wie ein jeder einzelne mit dem wirtschaftlichen Schicksal aller verbunden ist, und wie er nicht nur an seinem, sondern auch an dem Eose der Zeitgenossen ein gutes Teil von Mitverantwortung trägt.

Die ersten zehn Jahre der deutschen und der französischen dritten Republik.

Von Karl Schwendemann.

Die Geschichte der beiden Nationen, deren Verhältnis so oft die Geschichte Europas bestimmt hat, der deutschen und der französischen, läßt immer wieder zu vergleichender Betrachtung ein. Sie liegt den Deutschen vielleicht weniger als den viel stärker in ihrer Geschichte wurzelnden und aus ihr Maßstäbe des Denkens und der Kritik ziehenden Franzosen. In Frankreich hat man die Entwicklung Deutschlands während der ersten zehn Jahre der deutschen Republik immer wieder unter dem Gesichtswinkel der Geschichte der dritten französischen Republik betrachtet und daraus allerdings oft recht falsche Schlüsse auf deutsche Ereignisse gezogen. Diese Irrtümer können dem nicht verwunderlich erscheinen, der sich der tiefgehenden Verschiedenheiten zwischen dem Frankreich von 1871 bis 1881 und dem Deutschland von 1919 bis 1929 bewußt ist. Da sind zunächst die Unterschiede der Rasse und des Temperaments, die Verschiedenheiten der sozialen Struktur, der Dauer des Krieges und seiner Wirkungen, aus dem die Nationen soeben hervorgegangen war, schließlich eine Differenz von fünfzig Jahren weltpolitischer, weltwirtschaftlicher und allgemein geistiger Entwicklung. Die dritte Republik war ein Glied in einer höchst wechselvollen Reihe von Der-

fassungen, die Frankreich seit 1789 gehabt hatte und während deren sich nur ganz allmählich eine Evolution im Sinne der Republik und parlamentarischer Zustände vollzogen hatte. Es gab kaum eine Arbeiterbewegung, das Land war überwiegend agrarisch und die Industrialisierung erst in den Anfängen; all das ganz anders als in Deutschland nach dem Weltkrieg.

Und doch bieten die ersten zehn Jahre der dritten französischen und der deutschen Republik mannigfache Vergleichspunkte. Sie waren hier wie dort erfüllt von heftigen Auseinandersetzungen über die Staatsform, über das System und über dessen Ausgestaltung und praktische Durchführung. Freilich, der Ausgangspunkt war in Frankreich für die Republik weniger günstig. Die Nationalversammlung, wie sie sich aus den noch während des Waffenstillstandes vollzogenen Wahlen ergeben hatte, war zu zwei Dritteln monarchistisch gesonnen. Sie beschloß die Republik nur als ein Behelfsmittel und wählte 1873 den bekannteren Kaiser im vorhergehenden Kriege, MacMahon, zum Präsidenten mit der deutlichen Absicht, ihn als Platzhalter des Königs zu benutzen. Die noch heute gültige Verfassung in Frankreich vom Jahre 1875 wurde

von einer monarchistischen Kammer mit einer Stimme Mehrheit beschloßen. Während der ersten fünf Jahre der Republik waren die in sich zerplitterten monarchistischen Kräfte eifrig am Werke, um die Monarchie wiederherzustellen. Es gelang ihnen, sich auf den legitimmistischen Kandidaten, den Grafen von Chambord, zu einigen, und wenn dieser nicht im letzten Moment über die Frage der Verhandlungen hätte zum Scheitern kommen lassen, wäre die Monarchie tatsächlich wieder hergestellt worden. Als die Verfassung von 1875 schließlich eine Mehrheit fand, nicht zuletzt weil viele Monarchisten angezogen durch die Haltung des Grafen von Chambord eine halbjährige Wiederherstellung der Monarchie nicht mehr erbittert, da trat der Präsident MacMahon der Durchführung der Republik als demokratisch-parlamentarischer Staatsform in den Weg. Jetzt ging der Kampf um die Frage: Soll der Präsident der Republik oder das Parlament der Träger der Staatsmacht sein? Der Präsident forderte das Recht der Ernennung des Ministeriums, das seine Politik durchzuführen hätte, während die Kammer nur eine nebensubordinierte Macht haben sollte. Im Hintergrund stand der Gedanke einer Verfassungsrevision, wenn das Seppentat des Präsidenten im Jahre 1880 zu Ende wäre. Bekanntlich führte der Konflikt zur Auflösung der Kammer und zu Neuwahlen, die eine große republikanische Mehrheit brachten. MacMahon, der zuerst an einen Staatsstreich gedacht hatte, beugte sich und legte nach der Weisung der Kammer von 1878 sein Amt nieder. Damit war die Frage Republik oder Monarchie entschieden, und nun schritten die Republikaner trotz einer noch im Senat vorhandenen monarchistischen Mehrheit an die praktische Durchführung des republikanischen Programms durch Erlass von Gesetzen über Verfassungsfreiheit, Pressefreiheit, Kostenlosigkeit des Volksunterrichts und anderes mehr. Bald folgten die Kämpfe um die Schule. Aber nach etwa zehn Jahren entschlossener republikanischer Entwicklung trat der Boulangerismus auf, jene politische Bewegung, die durch eine merkwürdige Verkopplung innenpolitischer und außenpolitischer Umstände gleichzeitig ein Angriff auf die Staatsform und auf den europäischen Frieden war. Der Boulangerismus, der sich als revolutionäre Partei aufstellte, wollte die parlamentarische Republik beseitigen und das persönliche Regiment des Präsidenten in ähnlichem Sinne herstellen, wie es sich MacMahon gedacht hatte, wobei sich die konservativen und liberalen Kräfte, die Boulanger finanzierten und unterstützten, ganz klar waren, daß das Endziel die Monarchie sei. Mit dem Boulangerismus war der letzte große Angriff gegen die Republik abgefallen. Bald darauf begann jene Bewegung, die man das Abzöhlmen nennt, die Deröhnung der Katholiken mit der Republik als Staatsform, befördert und gutgeheißen durch die weitgehende Politik des Papstes Leo XIII.

Stellt man neben die zehn Jahre der dritten französischen Republik den gleichen Zeitraum der deutschen, so ist zunächst der Ausgangspunkt völlig verschieden. In Deutschland ging aus dem Umsturz eine Verfassung hervor, die das parlamentarisch-demokratische Prinzip mit Konsequenz zum Ausdruck bringt. Denn die deutsche Nationalversammlung war zum Umsturz von der französischen des Jahres 1871 in großer Mehrheit republikanisch. Die deutsche Verfassung verzichtet auf ein Oberhaus, wie es der französische Senat darstellt. Sie enthält keinerlei Zweideutigkeit über

den Charakter der deutschen Republik. Andererseits war die Lage Deutschlands unergieblicher als die Frankreichs nach 1871, so verschieden wie der Frieden von Versailles von dem von Frankfurt, so verschieden wie Dauer und Maß der Opfer des Weltkrieges und des Krieges von 1870-1871. Die Gefahren für die deutsche Republik kamen direkt oder indirekt hauptsächlich von außen, während die französischen von solchen Gefahren verschont blieb. Sonst von Seiten des Siegers ihr gegenüber überhaupt eine Einwirkung erfolgte, geschah sie zu ihren Gunsten. Bismarck hat nie die antirepublikanischen Kräfte in Frankreich unterstützt, sondern war der Meinung, daß jede monarchische Restauration die Weandeeide stärken und den Frieden bedrohen würde. Seinen Botschafter in Paris, von Arnim, hat er gegenwärtige Bemühungen ja auch mit aller Schwere büßen lassen. Vor allem aber mißbrauchte Bismarck den Sieg nicht, um den französischen Staat zu bedrohen. Wie anders die Politik der Alliierten und besonders Frankreichs der jungen deutschen Republik gegenüber! Man braucht nur die drei Worte: Separatismus, Ruhrbelegung und Inflation auszusprechen, um an die ungeheuerlichen Bedrohungen zu erinnern, denen der deutsche Staat von außen her ausgesetzt war. Aus den Folgen des Krieges und des Friedens ergaben sich denn auch zunächst die Kämpfe und Schwierigkeiten der deutschen Republik als Staatsform. Hatte Frankreich den Aufstieg der Kommune erlebt, so sah sich die deutsche Republik der Weltbewegung des Kommunismus und Bolschewismus gegenüber, und das bei Hunger und Not, Arbeitslosigkeit und Auflösung der Riesenarmee! Die deutsche Republik war nicht wie die französische nur vom Monarchismus bedroht oder von dessen Vorstufe, dem autoritären Regime der Präsidenschaft, sondern sie mußte während der ersten Jahre ihres Bestehens den Weg zwischen der Skala der Diktatur des Proletariats und der Charvobis der Militärdiktatur bzw. der monarchistischen Restauration hindurchfinden. Die eine unterlag bei den Kämpfen in den ersten Monaten 1919 und verschleuderte kommunistischen Auffständen der folgenden Jahre, die andere beim Kapp-Putsch und bei den verschiedenen Wahlen zum Reichstag. Aber immer, wenn die Parteien im Reichstag sich nicht einigen können, wenn Kopflosigkeit und Derwirmung herrscht, erschallt der Ruf nach der Diktatur, nach der Anwendung und Ausbau des sog. Diktaturparagraphen 42 der Reichsverfassung und ähnliches. Dieser Ruf wird erhoben von den Gegnern des parlamentarisch-demokratischen Regimes. Er hat denselben Sinn wie die MacMahon-Krise von 1876 bis 1877 und der Boulangerismus von 1888 bis 1889 in Frankreich. Es ist der Ruf nach der autoritären Präsidenschaft, die die Verneinung des Grundprinzips der Demokratie, nämlich der legislativen Macht der Volksoberleitung und der Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament darstellt. Es gibt noch andere Möglichkeiten des Ansturms gegen das Regime. Man kann versuchen, es zu diskreditieren, es, wenn groß und weittragende Entscheidungen zu fällen sind, zu verwirren. Aber fragt man sich, ob derartiges in Deutschland heute noch Aussicht auf Erfolg hat, so muß man die Frage wohl ohne weiteres verneinen. Welche größeren Gefahren können der deutschen Republik noch drohen als die, die sie schon überwunden hat? So wenig wie alle Angriffe auf die französische dritte Republik erfolgreich gewesen sind, so wenig wird das auch bei den noch in Gang befindlichen oder zu erwartenden Kämpfen um die deutsche Republik der Fall sein.

Politische Plakatkunst.

Die Deutsche Hochschule für Politik veranstaltet eine Ausstellung neuer politischer Plakate des In- und Auslandes. Als Dokumente politischer Dynamik sind diese auch über den Zeitpunkt ihrer beschäftigten Wirkung hinaus interessant und aufschlußreich für die Art, wie die verschiedenen Völker an ihre Wählerkreise appellieren.



Engl. Wahlplakat. Plat.: E. Trommsdorff.
Der neue Wahlkreis: 'Die guten alten! Sind sie nicht süßere?'

Die Entstehung des politischen Plakats liegt noch nicht weit zurück. Als seine Vorläufer kann man wohl die politischen Wahlplakate, wie Planch in England, Gill Blas in Frankreich, Kladderadatsch und ähnliche Publikationen ansehen. Diese waren mehr geistvoll satirisch und auf die gebildete Leserschaft eingestellt. Gelegentlich wurden schon früher, z. B. im Jahre 1848, einzelne illustrierte Flugblätter an die Mauern geschlagen, aber erst nach dem Krieg nahm die politische Plakatkunst ihren

großen Aufschwung. In den parlamentarisch-demokratisch regierten Ländern wurde sie ein wichtiges Instrument der Regierungen und



Frankösisches Wahlplakat. Plat.: E. Trommsdorff.
Nun... Nun... Kommunismus heißt Krieg überall

Parteien, um zu den Massen zu sprechen. Handelt es sich für die Regierungen meistens darum, das Volk in kritischen Situationen in allgemein verständlicher Form sachlich aufzuklären, so kommt es den Parteien ausschließlich darauf an zu überreden und eine Meinungsbeeinflussung bei Wahlen auszuüben.

So enthalten politische Plakate, indem sie ihre werbende Aufgabe erfüllen, zugleich die geistige und politische Situation eines Volkes. Deutlich ist der Unterschied



Deutsches Wahlplakat Phot.: E. Trommador

zwischen den Plakaten der Känder mit altparlamentarischer Exotik und den jetzt neuerlich zum Parlamentarismus übergegangen. Die Parolen der englischen Plakate sind feiten



Russisches Wahlplakat Phot.: E. Trommador für die kommunistische Jugend

den Schutz der Kolonien gegen Bolschewismus und Kommunismus, während, wenn es für die „freie Schule für alle“ eintritt. Trotzdem wirken die Plakate der letzten Kammerwahlen im ganzen doch ziemlich nett.

Zum Vergleich wurde eine kleine Auswahl deutscher Plakate ausgewählt, die im Gegensatz zu den englischen und französischen viel propagandistischer wirken und sofort erkennen lassen, daß es sich um die politischen Kämpfe eines parlamentarisch noch jugendlicheren Volkes handelt. Kein plakatmäßig sind sie oft außerordentlich wirkungslos.

Weltaus der stärkste Eindruck geht von den russischen Plakaten aus. Hier



Deutsches Wahlplakat Phot.: E. Trommador

wiecht nicht eine Partei, sondern eine große, im Besitz der Macht sich befindende Volksmasse drängt ihren Willen auf. Hier zittert noch die Revolution, der Kampf gegen imperialistischen Krieg und für Weltrevolution, Maschinengewehre hären, Bomben plagen — mit eigenen Fußtapfen wandert der Bolschismus drohend über den Erdball. Bilder von unerhörter Blasphemie verhöhnen alle Religion. für die positiven Ideen werden Serien ganzer Statistiken und graphisch sorgsam ausgearbeitete Tabellen.

Mit der fortgeschrittenen Teilnahme der Wähler an der Regierung ihres Landes wird dem jungen Geist des Kampferwesens wahrscheinlich noch eine große Zukunft bevorzugen. für die Wege, die dahin führen werden, bieten die von der Deutschen Hochschule für Politik gezeigten Proben dem Politiker wie dem Künstler vielerlei Anregung.

C. v. Mayer

Zur Zeitgeschichte

Ministerialdirektor Zechlin.

Ministerialdirektor Dr. Walter Zechlin, der Pressechef der Reichsregierung, wird am 28. November fünfzig Jahre alt sein. Seit dem Jahre 1905



Transocean G. m. b. H.

in der Presseabteilung Dirigent, 1926 Ministerialdirektor und damit politischer Leiter dieser ungemein wichtigen und einflussreichen Abteilung. Zu seinen Obliegenheiten gehört der tägliche Vor-

trag über die Presse des In- und Auslandes beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler; er nimmt an den Kabinettsitzungen teil und ist so und auf jegliche andere Weise über die politische Lage und über die Absichten der Regierung auf das beste unterrichtet. Er berät die Regierung und die Ressorts über die zu erwartende Auswirkung vorgesehener Maßnahmen in der Presse; der Presse selbst und deren Vertretern steht er jederzeit mit Auskunft und zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Das außerordentlich gute Verhältnis, das zur Zeit zwischen der Presse und den amtlichen Stellen besteht, ist nicht zuletzt auf die umfassende Tätigkeit Zechlins zurückzuführen; er hat es verstanden, durch Objektivität und Offenheit sich das Vertrauen der maßgebenden Redakteure zu erwerben. Dabei scheut er sich keineswegs, falsche Nachrichten und unzulängliche Ansichten der Zeitungen richtigzustellen und dem oft flörenden Sensationsbedürfnis energisch entgegenzutreten. Die Fachleute sind sich darin einig, daß die Hebung des journalistischen Niveaus, an der die großen deutschen Zeitungen aller Parteien gleichmäßig beteiligt sind, vorzüglich der einsichtigen und vornehmen Führung des jetzigen Pressechefs zu danken ist. Er sieht zu Hunderten von Journalisten in ausgezeichneten kollegialen Beziehungen und hat nicht zuletzt das Ohr der Vertreter der auswärtigen Presse gewonnen. Im täglichen Verkehr auch mit diesen Herren hat Ministerialdirektor Zechlin manches Mißverständnis behoben und im besonderen durch seine Tätigkeit auf den großen internationalen Konferenzen viel für das Verständnis des Auslandes gegenüber Deutschland beigetragen.

„Und es war — davon bin ich überzeugt — kein leichtfertiges Vabanquespiel. Es setzte nur Festigkeit und Selbstvertrauen voraus. So ist es für mich unmöglich geworden, die auswärtige Politik Deutschlands weiter zu leiten. Ich würde es für einen schweren Fehler und für die auswärtige Politik des Reiches als verhängnisvoll erachten, wenn ich jetzt im Amte bliebe. . . . Wenn Deutschland jetzt die Friedensbedingungen der Feinde annimmt, so ist der politische Erfolg, den dieses ungeheuerliche Opfer eintragen soll, die Beruhigung unserer äußeren Lage, die Entspannung der Haß- und Rachegefühle, die Zurückziehung der feindlichen Truppen, die Anbahnung wirklicher Friedensverhandlungen. Dieser Vorteil würde gefährdet, vielleicht gar preisgegeben, wenn die neuen Beziehungen von demselben Manne angeknüpft werden müßten, der die Bedingungen der Gegner so scharf verworfen hat wie ich.“

21. Juni 1919.

Die in Scapa Flow internierte deutsche Flotte wird auf Befehl des Admirals Reuler von der deutschen Besatzung versenkt, damit sie bei dem als sicher angenommenen Wiederausbruch der Feindseligkeiten der Hand der Feinde entzogen ist.

21. Juni 1919.

Bildung des Kabinetts Bauer. Außenminister wird Hermann Müller.

Für die Unterzeichnung des Versailler Vertrages treten das Zentrum und die Sozialdemokraten ein. Jedoch erlassen 15 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung: „Wir sind wie die Gesamtheit der Fraktion überzeugt, daß die Annahme des von der Entente angebotenen Gewaltfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeiterklasse sowie dem Weltfrieden schädlich ist. Wir sind für Ablehnung des sogenannten Friedensvertrages, um unsere Gegner, falls sie in die Durchführung der Bedingungen bestehen, in die Notwendigkeit zu versetzen, ihn selbst durchzuführen und sich dadurch am wirksamsten von der moralischen und materiellen Unmöglichkeit der von uns geforderten Bekenntnisse und Leistungen zu überzeugen. Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. Wir wollen jedoch in Würdigung der Motive, die für den Beschluß der Mehrheit maßgebend sind, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit der Partei davon absehen, in der Nationalversammlung abweichend von der Fraktion zu stimmen.“

22. Juni 1919.

In der Nationalversammlung gibt Reichsministerpräsident Bauer eine Regierungserklärung ab, in der er u. a. ausführt: „Und nun die erste Frage: ‚Wie steht das Kabinett . . . zu dem Problem des Friedensschlusses?‘ . . . Die Reichsregierung kann es nur zu gut verstehen, wenn angesichts der Friedensbedingungen . . . eine helle Empörung den einzelnen und die Gesamtheit fortreibt. . . . Aber wenn ich bei der Übernahme meines schweren Amtes eine Bitte aussprechen darf, so ist es die: Lassen Sie die Frage, Annahme oder Ablehnung, nicht zur Parteisache werden. Glauben Sie auf der einen Seite nicht, daß die Befürworter der Ablehnung volksfremde Chauvinisten oder Interessenspolitiker seien, die einen Vorteil ihrer Klasse oder des Geldbeutels mit der Verweigerung der Unterschrift verfolgen. Glauben Sie auf der anderen Seite auch nicht, daß die Frauen und Männer, die sich nachgedrungen und unter Selbstüberwindung zur Annahme durchgerungen haben, feige oder schlapp seien und kein Gefühl für nationales Selbstbewußtsein hätten. . . . Auf beiden Seiten stehen gewichtige Gründe, die kein verantwortlicher Mensch übersehen kann. . . . Die Reichsregierung ist sich vollkommen bewußt, daß die Zustimmung Ihrer Mehrheit sie wohl im demokratischen Sinne entlasten kann, . . . aber sie weiß ebenso, daß sie, trotz aller Vertrauenskundgebungen, vor Volk und Geschichte nur eine wahrhafte Rechtfertigung haben kann, wenn sie rückhaltlos nach Prü-

fung der Sachlage und Verantwortung entscheidet und nicht nach Parteistimmungen schließt. . . . Am Montagabend (23.) soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja gegeben wird. . . . In dieser Stunde auf Leben und Tod unter drohendem Einmarsch erhebe ich zum letzten Male in einem freien Deutschland Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und Vernichtung, Protest gegen die Verhöhung des Selbstbestimmungsrechts, gegen diese Vernechtung des deutschen Volkes, gegen diese neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines Friedensvertrages. . . . Keine Unterschrift entkräftet diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben und beschwören. Ihr ‚Lebtes Wort‘ hat die Entente ihren Vorschlag vom 16. Juni genannt. . . . Die Regierung muß dem Rechnung tragen, daß sie das Volk nicht in 48 Stunden vor eine neue Krise stellen kann, denn die Ablehnung wäre keine Abwendung des Vertrages, ein Nein wäre nur eine kurze Hinausschiebung des Ja. Unsere Widerstandskraft ist gebrochen. Ein Mittel der Abwendung gibt es nicht. . . .“

Mit 237 gegen 138 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen wird der Antrag angenommen: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden.“ Die Mehrheit besteht aus Sozialdemokraten, Zentrum, Unabhäng. Soz. und 6 Demokraten.

22. Juni 1919.

Gesandter v. Haniel überreicht Clemenceau eine Note des Ministerpräsidenten Bauer als Antwort auf das Ultimatum vom 16. Juni. Der wesentliche Teil der Note lautet: „Das deutsche Volk . . . hat gegenüber der Haltung der all. und assoz. Regierungen keine andere Macht in der Hand, als die Berufung auf das ewige unveräußerliche Recht eines selbständigen Lebens, das, wie allen Völkern, so auch dem deutschen Volke zusteht. . . . Kein Volk . . . wird dem deutschen Volke zumuten, einem Friedensinstrument aus innerer Überzeugung beizustimmen, durch das lebendige Glieder vom Körper des deutschen Volkes ohne Befragen der in Betracht kommenden Bevölkerung losgelöst, die deutsche Staatshoheit dauernd verletzt und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen. . . . Wenn die Regierung der deutschen Republik gleichwohl bereit ist, die Forderung der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen, so geschieht dies nicht aus freiem Willen. Die Regierung der deutschen Republik erklärt feierlich, daß ihre Haltung dahin zu verstehen ist, daß sie der Gewalt weiche, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volk einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen. . . . Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rückhaltloser Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit . . . von vornherein entgegenzutreten. Die auferlegten Bedingungen übersteigen das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. (Daher Ablehnung der Folgen eintretenden Unvermögens) . . . Deutschland legt weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß es den Artikel 231 . . . der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen kann und durch seine Unterschrift nicht deckt. Daraus folgt ohne weiteres, daß Deutschland es auch ablehnen muß, die Ableitung der ihm aufgebürdeten Belastung

aus der ihm zu Unrecht zugeschobenen Urhebererschaft am Kriege anzuerkennen. Ebensoviele kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, ... Angehörige des deutschen Volkes ... den all. u. assoz. Mächten zur Aburteilung auszuliefern. Weiter legt die Regierung der deutschen Republik entschieden Verwahrung ein gegen die Wegnahme des gesamten deutschen Kolonialbesitzes und die hierfür gegebene Begründung, die Deutschland die Befähigung zur kolonialen Belästigung dauernd abspricht, obgleich das Gegenteil feststeht. ... Die Note endet mit dem Ersuchen, daß nachstehende Erklärung als wesentlicher Bestandteil des Vertrages angesehen werden solle: „Innerhalb zweier Jahre, ... werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem Hohen Rat der Mächte (Völkerbundsrat) ... zwecks Nachprüfung unterbreiten. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie gleichberechtigte wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands behindert wird.“

Die im Ultimatum vom 16. Juni geforderte Erklärung gibt die Note in folgender Form ab: „Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.“

22. Juni 1919.

Clemenceau antwortet auf die deutsche Note von diesem Tage: „... Die alliierten und assoziierten Regierungen haben alle bisher von der deutschen Regierung ... gemachten Bemerkungen ernstlich erwogen, sie haben mit aller Offenheit darauf geantwortet und haben die Zugeständnisse gemacht, die zu machen sie für richtig hielten. Die letzte Note der deutschen Delegation bietet kein Argument und keine Bemerkung, die nicht schon von ihnen geprüft worden sind. Die all. u. assoz. Regierungen sehen sich daher genötigt zu erklären, daß die Zeit der Erörterung vorbei ist. Sie können keine Abänderung oder Vorbehalte annehmen oder anerkennen und sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unzweideutige Erklärung ihres Willens zu fordern, den Vertrag in seiner Gesamtheit, in seiner endgültigen Form zu unterzeichnen oder seine Unterzeichnung und Annahme abzulehnen. Nach der Unterzeichnung halten die all. u. assoz. Mächte Deutschland verantwortlich für die Ausführung sämtlicher Vertragsbestimmungen.“

23. Juni 1919.

Gesandter v. Haniel ersucht Clemenceau um eine Fristverlängerung von 48 Stunden.

Clemenceau lehnt eine Fristverlängerung ab.

23. Juni 1919.

Im Auftrage des Reichsaußenministers löst Gesandter v. Haniel um 4.40 nachm. Clemenceau folgende Note zu stellen: „Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der all. u. assoz. Regierungen mit Erschütterung gesehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes

nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den all. u. assoz. Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.“

24. Juni 1919.

Gesandter v. Haniel fragt bei Clemenceau an, wann die Verhandlungen über ein Abkommen betr. die besetzten rheinischen Gebiete beginnen können.

25. Juni 1919.

Clemenceau antwortet, daß zu Verhandlungen über das Rheinlandabkommen keine Veranlassung vorliege; das von den Alliierten vorgelegte Abkommen müsse gleichzeitig mit dem Vertrage unterzeichnet werden.

25. Juni 1919.

Clemenceau erklärt in einer Note an den Gesandten v. Haniel, daß die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow eine Verletzung des Waffenstillstandes sowie eine Vernichtung des übermittelten Pfandes und ein Zeichen ganz besonders schlechten Willens darstelle. Nach Beendigung der Untersuchung über alle Tatumstände würden die all. u. assoz. Mächte die ihnen zustehende Reparation beanspruchen.

27. Juni 1919.

Die deutsche Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß die in der Antwort der Alliierten vom 16. Juni enthaltenen, aber nicht in den Text des Vertrages aufgenommenen Zusagen der Alliierten in ein Schlußprotokoll aufgenommen werden.

28. Juni 1919.

Der Vertrag von Versailles wird im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles unterzeichnet. Nachdem die Vertreter der all. u. assoz. Mächte ihre Plätze eingenommen haben wird die deutsche Abordnung, geführt von den Reichsministern Hermann Müller und Dr. Bell, in den Saal geleitet. Hierauf leitet Clemenceau als Präsident der Friedenskonferenz den Akt mit folgenden Worten ein: „Meine Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Über die Bedingungen des Friedensvertrages zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und dem Deutschen Reich wurde eine Einigung erzielt. Der Text ist redigiert. Der Präsident der Konferenz bestätigt schriftlich, daß der zu unterzeichnende Text mit dem Text der den deutschen Delegierten übergebenen 200 Exemplare übereinstimmt. Die Unterschriften werden nun erfolgen. Sie stellen die unwiderrufliche Verpflichtung dar, alle festgesetzten Bedingungen loyal in ihrer Gesamtheit zu erfüllen. Unter diesen Umständen habe ich die Ehre, die deutschen Bevollmächtigten einzuladen, ihre Unterschrift auf dem mir vorliegenden Verträge geben zu wollen.“ — Die Reichsminister H. Müller und Dr. Bell unterschreiben (3,12 Uhr nachmittags) als erste den Vertrag, das Protokoll und das Rheinlandabkommen. Hierauf unterschreiben der Reihe nach die Vertreter der gegnerischen Mächte. Kurz nach 4 Uhr ist die Unterzeichnung zu Ende. Clemenceau erklärt, der Friede sei geschlossen und hebt die Sitzung auf. Die deutschen Bevollmächtigten verlassen als erste den Saal.

Während der Unterzeichnung überreicht General Smuts (Südafrika) eine Protesterklärung. Darin heißt es u. a.: „Ich habe den Friedensvertrag nicht deshalb unterzeichnet, weil ich ihn für ein befriedigendes Dokument halte, sondern weil ... die Welt vor allem Frieden braucht.“ Der endgültige Frieden sei noch nicht geschaffen. Ein neuer Geist des Edelmut und der Menschlichkeit werde „die Probleme lösen, die den Staatsmännern auf der Friedenskonferenz zu schwierig gewesen sind. Es sind territoriale Veränderungen getroffen worden, die eine

Revision erfordern; es sind Garantien festgesetzt worden, von denen wir hoffen, daß sie bald als nicht im Einklang mit der neuen friedlichen Stimmung und dem unbewaffneten Zustande unserer früheren Feinde stehend befunden werden; es sind Bestrafungen vorgesehen, die man bei ruhiger Stimmung vielleicht lieber mit dem Schwamme der Vergessenheit auswischen würde; es werden Entschädigungen

gefordert, die nicht ohne ernste Beeinträchtigung der industriellen Wiederherstellung Europas durchgesetzt werden können, und die erträglicher zu machen und zu ermäßigen, im Interesse aller liegen wird; es sind zahlreiche Nadelstiche vorhanden, die unter dem heilenden Einflusse der neuen internationalen Atmosphäre aufhören werden zu schmerzen . . ."

VII. Von der Unterzeichnung bis zum Inkrafttreten.

28. Juni 1919 bis 10. Januar 1920

29. Juni 1919.

Die Alliierten erklären sich bereit, die Blockade Deutschlands aufzuheben, sobald sie amlich von der regulären und vollständigen Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland verständigt worden seien.

9. Juli 1919.

Die Nationalversammlung in Weimar berät die Ratifikation des Versailler Vertrages. Reichsaußenminister Müller: „Zum Friedensvertrag selbst haben Sie und wir bereits Stellung genommen. Aufrechterhalten bleibt heute und immer unser einstimmiger Protest gegen diese Vertrag gewordene Vergewaltigung. Aufrechterhalten bleibt aber ebenso unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum äußersten . . . Wir alle, unser ganzes Volk steht heute vor dem Aufbruch zu einem vierzigjährigen Marsch durch die Wüste. Der erste Schritt auf dem Leidenswege ist die Ratifikation. Wir haben sie . . . beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist . . . Sobald der Friedensvertrag auch von drei der gegnerischen Mächte unterzeichnet (ratifiziert) ist, was in wenigen Wochen der Fall sein wird, dann haben wir ein zerstückeltes Deutschland, von dem ein Teil abgerissen ist, der unserem Volke nach Sitte und Sprache zugehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhielt, nach freiem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Wir haben nicht die Macht, dieses Unglück zu verhindern, wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie wir auch fest glauben, daß sie niemals unsere gemeinsame Geschichte vergessen und unser gemeinsames Leben nie verleugnen werden.“ Abg. Krätzig (Soz.): „Wir stimmen der Ratifikation zu aus denselben Gründen, die uns neulich veranlaßten, der Regierung die Vollmacht zu erteilen, den Vertrag zu unterzeichnen . . . Wir protestieren gegen den Gewaltfrieden . . . Wir werden nie aufhören, dagegen zu protestieren, daß Elsaß-Lothringen unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts an Frankreich abgetreten werden muß. Nie werden wir uns damit abfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl von Volksgenossen unter fremde Herren zwingt . . . Unzerreißbar bleibt das Bündnis mit Österreich und die Hoffnung, daß alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts in einen Einheitsstaat vereinigt werden. Protest erheben wir gegen die Wegnahme unserer Kolonien . . . Wer unser Volk als den Schuldigen am Krieg hinstellt, spricht eine wissentliche Unwahrheit aus.“ Wir werden uns bemühen, den Vertrag loyal durchzuführen.“ — Abg. Dr. Spahn (Zr.): „Der Friedensvertrag entspricht nicht den Grundsätzen des die Völker verbindenden christlichen Geistes, sondern ist das Ergebnis einer uns bis über den Friedensschluß hinaus verfolgenden Unversöhnlichkeit. . . Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrag zu. Es geschieht nicht aus freiem Willen und innerer Überzeugung, sondern lediglich aus dem harten Zwang der Tatsache, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem inneren Untergang zu bewahren.“ — Abg. Dr. Schücking (Demokr.): „Meine Fraktion erklärt, daß sie dem Gesetz über den Friedensvertrag nicht zustimmen kann . . . Die Fraktion läßt sich . . . von der Erwägung leiten, daß aus der Annahme dieses Friedens dem deutschen Volke noch schwerere Nachteile drohen als aus der Ablehnung. Wenn

der Frieden nunmehr trotz des Widerspruchs unserer Fraktion zustande kommt, so wissen wir uns doch einig mit dem ganzen Hause in seiner moralischen Verurteilung. Wir protestieren feierlich vor aller Welt gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, gegen alle die anderen Bestimmungen des Friedensvertrages, die mit den uns zugesicherten und von uns vertrauensvoll angenommenen Rechtsgrundlagen des Friedens unvereinbar sind . . .“ — Abg. D. Traub (Deutschnat.): „Einmütig hat die deutschnationalen Fraktion beschlossen, der Ratifizierung des vorliegenden Friedensvertrages zu widersprechen. Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt, gerade deswegen aber lehnen wir die Verantwortung für diesen Vertrag ab . . . Der Vertrag ist unerfüllbar, das werden wir immer wiederholen. Es wird kommen der Tag der deutschen Befreiung. Sollte man es wagen, die Hände auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, so sagen wir: Hände weg! Alles hat seine Grenzen. Die Ehre ist kein leerer Wahn. Die Ehre ist alles.“ — Abg. Dr. Kahl (Dsch. Volksp.): „Meine Partei erklärt . . . daß sie ihre Zustimmung zur Ratifikation dieses Friedensvertrages nach bestem Wissen und Gewissen nicht zu geben vermag; sie wiederholt ihre Ablehnung in vollem Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die sie damit vor der Weltgeschichte und dem deutschen Volke übernimmt.“ — Abg. Henke (Unabh. Soz.): „Wir stimmen dem Friedensvertrage zu unter dem Zwange der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können.“ — Abg. Winnig (Soz.) legt im Namen der Abgeordneten des Ostens, Abg. Allekotte (Zlr.) namens der Abgeordneten des Westens, Abg. Waldstein (Demokr.) für die Abgeordneten Schleswig-Holsteins, Reichstagspräsident Fehrenbach für die Elsaß-Lothringer Verwahrung ein gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Die Nationalversammlung stimmt mit 208 gegen 115 Stimmen der Ratifizierung zu.

Reichspräsident Ebert unterzeichnet die Urkunde über diesen Beschluß der Nationalversammlung.

10. Juli 1919.

Der Vorsigende der deutschen Abordnung in Versailles Frrh. v. Lersner teilt Clemenceau mit, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde des Versailler Vertrages nach erfolgter Zustimmung der Nationalversammlung unterzeichnet habe.

12. Juli 1919.

Die Blockade Deutschlands wird aufgehoben.

15. Juli 1919.

England und Frankreich einigen sich über die Aufteilung der deutschen Kolonien Togo und Kamerun. Frankreich erhält dabei zwei Drittel von Togo und vier Fünftel von Kamerun.

18. Juli 1919.

England und Belgien einigen sich über Deutsch-Ostafrika. Belgien tritt an England einen Teil des Kongostaates am Tanganjikase ab und erhält dafür einen Teil von Deutsch-Ostafrika. Durch diesen Tausch sichert sich England die Verbindung Kairo—Kapstadt.

29. August 1919.

Eine Note des Obersten Rates der Alliierten teilt den Beschluß mit, „den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudulieren. Die Vorbereitungen zum Rücktransport werden sofort beginnen... Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung... nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen“.

30. August 1919.

Nach dem Versailler Vertrag muß Deutschland im ersten Jahr 43 Millionen Tonnen Kohlen (430 000 Waggons zu 10 t) liefern. Verhandlungen deutscher Sachverständiger enden damit, daß die Alliierten ihre Forderung auf 20 Mill. Tonnen herabsetzen unter der Voraussetzung, daß Deutschland sofort mit den Lieferungen beginnt. — Die deutsche Gesamtforderung betrug damals 108 Mill. Tonnen.

30. August 1919.

Im Ausschuß für Ausw. Angelegenheiten des amerikanischen Senats fordert Senator Knox, daß die Ver. Staaten es ablehnen sollten, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. Durch seine harten und grausamen Bedingungen lege der Vertrag Deutschland Strafen auf, die die internationalen Gesetze verletzen. Der Friedenszustand trete ja doch ein, sobald drei Großmächte den Vertrag ratifiziert hätten. Die Ver. Staaten sollten ihren eigenen Frieden schließen, gegenüber Deutschland auf alle Entschädigungsansprüche verzichten und auch jegliche Teilnahme oder Mitgliedschaft an den im Versailler Vertrag vorgesehenen Kommissionen und Ausschüssen ablehnen.

Die Rede des Senators Knox ist nur eines der vielen Anzeichen einer zunehmenden Gegnerschaft gegen die Ratifizierung des Vertrages durch die Ver. Staaten.

1. September 1919.

Die ersten deutschen Kriegsgefangenen treffen in Köln ein.

2. September 1919.

Clemenceau erklärt namens der Alliierten, daß Art. 61 Abs. 2 der deutschen Reichsverfassung, der die Teilnahme Österreichs am Reichsrat vorsehe, eine förmliche Verletzung des Art. 80 des Versailler Vertrages darstelle. Unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen droht er mit sofortiger Ausdehnung der Besetzung auf dem rechten Rheinufer, falls Deutschland nicht binnen 14 Tagen den Art. 61 Abs. 2 für kraftlos erkläre.

5. September 1919.

Die deutsche Regierung antwortete auf Clemenceaus Note vom 2. September: Eine Änderung der Reichsverfassung sei nicht erforderlich, da ihr Art. 178 die Wirksamkeit aller dem Versailler Vertrag widersprechenden Bestimmungen ausschließe. Die Drohung mit der Ausdehnung der Besetzung entbehre der rechtlichen Stütze und stelle einen tiefbedauerlichen Gewaltakt dar.

12. September 1919.

In einer sehr ironisch abgefaßten Note zur Frage des österreichischen Anschlusses fordert Clemenceau nicht mehr die Änderung der Reichsverfassung, sondern eine protokollarische Erklärung, in der die deutsche Regierung anerkennend, daß alle dem Versailler Vertrag widersprechenden Vorschriften der Reichsverfassung ungültig sind, „daß demzufolge der Abs. 2 des Art. 61 der erwähnten Verfassung ungültig ist, und daß namentlich die Zulassung österr. Vertreter zum Reichsrat nur stattfinden kann, wenn gemäß Art. 80 des Friedensvertrages der Völkerbundsrat einer entsprechenden Änderung der internationalen Lage Österreichs zugestimmt haben wird“.

18. September 1919.

In der Anschlußfrage erklärt sich die deutsche Regierung bereit, die von ihr geforderte Erklärung zu Protokoll zu geben. Gleichzeitig weist sie in aller Schärfe den Ton der Noten Clemenceaus als den internationalen Gepflogenheiten nicht entsprechend zurück. „Die Tatsache, daß Deutschland den Krieg verloren hat, gibt seinen Gegnern nicht das Recht, sich einer Sprache zu bedienen, die den Zweck haben soll, Deutschland vor aller Welt zu verlegen.“

6. Oktober 1919.

Italien ratifiziert den Versailler Vertrag.

10. Oktober 1919.

Großbritannien ratifiziert den Versailler Vertrag.

14. Oktober 1919.

Frankreich ratifiziert den Versailler Vertrag.

3. November 1919.

Clemenceau übersendet dem Vorsitzenden der deutschen Delegation in Versailles a) eine Note vom 1. November an die deutsche Regierung, b) den Text eines zwischen Deutschland und den Alliierten zu unterzeichnenden Protokolls.

a) Die Note hat folgenden Inhalt: Nach dem Versailler Vertrage (Art. 400) sollte ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationen errichtet werden, sobald Deutschland und drei alliierte und assoziierte Hauptmächte den Vertrag ratifiziert haben. Diese Bedingung sei erfüllt, da Großbritannien, Frankreich und Italien den Vertrag ratifiziert hätten. Ferner hätten Belgien, Polen und Siam ratifiziert. Es solle daher in Paris ein Protokoll aufgenommen werden. — Der Versailler Vertrag bestimme ferner, daß vom Tage des ersten Protokolls ab der Vertrag zwischen den Mächten, die ihn ratifiziert haben, in Kraft trete, und daß für die Vertragsfristen dieser Tag als der Tag des Inkrafttretens gelte. „Die alliierten und assoziierten Regierungen haben beschlossen (1), den Vertrag nicht in Kraft treten zu lassen, ehe die Ausföhrung der von Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen und die Zusatzverträge übernommenen Verpflichtungen, die nicht erfüllt sind, geregelt und bestimmt ist. Die deutsche Regierung wird daher gebeten, dem zur Unterzeichnung des über die Niederlegung der Ratifikationen ermächtigten deutschen Vertreters unbeschränkte Vollmacht zu geben zur Unterzeichnung des Protokolls, dessen Abschrift beiliegt, und welches ohne weiteren Aufschub diese Regelung vorsieht.“

b) Der Text des Protokolls lautet: „Als die erste Niederlegung der Ratifikationen des Friedensvertrages stattfinden sollte, ist festgestellt worden, daß die nachfolgenden Verpflichtungen, welche Deutschland sich durch das Waffenstillstandsabkommen und die Ergänzungsbestimmungen zu erfüllen verpflichtet hatte, nicht oder nicht ganz erfüllt sind.“ Nachdem das Protokoll diese Verpflichtungen im einzelnen aufgeführt hat, fordert es von Deutschland als Strafe für die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow und für die Zerstörung einiger U-Boote die Auslieferung von 5 leichten Kreuzern und von Schwimmdocks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern mit insgesamt 400 000 t, ferner eine genaue Liste aller deutschen Schwimmdocks, Schwimmkräne, Schlepper und Bagger, die Auslieferung der Maschinen und Motoren von 3 U-Booten und die Bezahlung des Wertes des ins Ausland verkauften Luftschiffahrtsmaterials. Das Protokoll schließt: „Sofern Deutschland diesen Verpflichtungen in den oben vorgesehene Fristen (10, 60 und 90 Tage) nicht nachkommen sollte, behalten sich die all. u. assoz. Mächte vor, alle militärischen und anderen Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachten.“

Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Der letzte Kanzler des deutschen Kaiserreichs, dessen Regierung die politische Wendepunkt der Nation eingeleitet hat, ist nun dem fürstlichen Bürom, dem Kanzler auf dem Höhepunkt deutscher Kriegsmacht, schnell und plötzlich im Tode gefolgt. Prinz Max übernahm das schwere Amt in dem Augenblicke, als die deutsche Niederlage und damit die schwerste innere und äußere Krise des Reiches schon unumkehrbar war. Seine geschäftliche Erfindung konnte daher nicht mehr auf Leistung beruhen, sondern nur auf dem Mut des letzten Versuchs. Ein idealistisch reiner Mensch, bereit sich selbst zum Opfer zu bringen, ein Mann, der sich nicht nur auf einmündeltes Dorarstellen stützte, sondern mit dem Willen zu einer staatsmoralischen Erneuerung den traditionellen öffentlichen Vorschriften die Spitze bietet. Auch ein Stärkerer als er wäre an der Aufgabe gescheitert, die kriegswilde Welt zu veröhnen und die schwere innere Klüftung Deutschlands zu überbrücken.



Prinz Max übernahm ein unheiliges Erbe. Er sollte um Waffensstillstand, um Frieden bitten, als die militärische Leitung nicht einmal mehr ein Remis herbeiführen konnte. Und er sollte dem Reiche, das bisher Kubandorf gefolgt war, in kürzester Frist die Demokratie beschreiben. Dieser Kanzler eines vom Chaos unläuternden Landes, dem man die Volkstrennung verordnen wollte, war ein — Kronfolger, Vertreter des Kaisers, General. Das hinderte ihn nicht an einem ehelichen Liberalismus, der freilich gleichzeitig zu spät und zu früh kam. Er selbst hätte sich um „ethischen Imperialismus“ bekümmert, Kreuzrittergedanken hoffnungslos aufzulassen lassen. So glaubte er auch noch an den „Siez des Guten“, an das „Weltgelingen“, als er die letzte Schicksalsentscheidung in der alten Willensschwäche antrat. Max von Baden wollte die Monarchie als Volkstaktikum retten. Es ist eine falsche, vor der Geschichte unabhaltbare Unterstellung, wenn man ihn der Treulosigkeit gegenüber seinem kaiserlichen Herrn beschuldigt. Vielmehr ging er gerade in der kritischen Stunde in seiner Vorsicht zu weit, wollte den Träger der Krone zu lange vor dem entscheidenden Schritt bewahren. Es fehlte ihm nicht an Einsichten, aber er schwankte, bis sich alles auflöste. Wer den dynamischen Zwiespalt jener Unheilswunden im Oktober-November 1918 kennt, wird ihm aber kaum einen Vorwurf machen dürfen. Wer inmitten einer solchen Wende nach allen Seiten loyal sein will, wird in den Derwicklungen der ringenden Kräfte hängenbleiben.

Der Prinz-Kanzler kämpfte zunächst mit edlem Pathos gegen die Unterwerfung Deutschlands, gegen ein Siegerdiktat. Aber jeder Tag seiner fünfjährigen Kanzlerschaft brachte für ihn neue Enttäufungen. Schließlich richtete sich sein Streben nur noch auf die Verhinderung des inneren Aufbruchs. Aber wie es ihm nicht gelungen war, von Wilson ein schnelles Pair play zu erlangen, so meißerte er auch nicht mehr die volkstaatliche Entwicklung. So endete er politisch als eine tragische Figur zwischen zwei Zeitaltern. Man hätte gerade diesem edlen, ritterlichen Manne, diesem noblen Patrioten eine schönere öffentliche Rolle gewünscht. Sein Herz voll Begeisterung und Mitleid durfte keine Früchte ernten. Als er in die Stille seines Lebensabends zurückging, verfolgte ihn Mißachtung gerade der Kreise, denen er entstammte. In seinem Buche „Erinnerungen und Dokumente“ hat er ein hares, gewissenhaftes Bild seiner schlimmen Tage gezeichnet. Die Unbeliebten haben sich freilich auch von ihm nicht bekehren lassen. Seine schwache Gesundheit hat die Katastrophe seiner Ideale nicht mehr überstanden, und so hat er auch kein biblisches Alter erreicht. Wenn ihm sein Vaterland auch nur wenig Positives zu danken hat, so wird sie doch über sein Grab hinaus diesen waderen Vaterlandsfreund, diesen selbstlosen Edelmann ehren.

Sein unheiliges Erbe. Er sollte um Waffensstillstand, um Frieden bitten, als die militärische Leitung nicht einmal mehr ein Remis herbeiführen konnte. Und er sollte dem Reiche, das bisher Kubandorf gefolgt war, in kürzester Frist die Demokratie beschreiben. Dieser Kanzler eines vom Chaos unläuternden Landes, dem man die Volkstrennung verordnen wollte, war ein — Kronfolger, Vertreter des Kaisers, General. Das hinderte ihn nicht an einem ehelichen Liberalismus, der freilich gleichzeitig zu spät und zu früh kam. Er selbst hätte sich um „ethischen Imperialismus“ bekümmert, Kreuzrittergedanken hoffnungslos aufzulassen lassen. So glaubte er auch noch an den „Siez des Guten“, an das „Weltgelingen“, als er die letzte Schicksalsentscheidung in der alten Willensschwäche antrat. Max von Baden wollte die Monarchie als Volkstaktikum retten. Es ist eine falsche, vor der Geschichte unabhaltbare Unterstellung, wenn man ihn der Treulosigkeit gegenüber seinem kaiserlichen Herrn beschuldigt. Vielmehr ging er gerade in der kritischen Stunde in seiner Vorsicht zu weit, wollte den Träger der Krone zu lange vor dem entscheidenden Schritt bewahren. Es fehlte ihm nicht an Einsichten, aber er schwankte, bis sich alles auflöste. Wer den dynamischen Zwiespalt jener Unheilswunden im Oktober-November 1918 kennt, wird ihm aber kaum einen Vorwurf machen dürfen. Wer inmitten einer solchen Wende nach allen Seiten loyal sein will, wird in den Derwicklungen der ringenden Kräfte hängenbleiben.

Der Prinz-Kanzler kämpfte zunächst mit edlem Pathos gegen die Unterwerfung Deutschlands, gegen ein Siegerdiktat. Aber jeder Tag seiner fünfjährigen Kanzlerschaft brachte für ihn neue Enttäufungen. Schließlich richtete sich sein Streben nur noch auf die Verhinderung des inneren Aufbruchs. Aber wie es ihm nicht gelungen war, von Wilson ein schnelles Pair play zu erlangen, so meißerte er auch nicht mehr die volkstaatliche Entwicklung. So endete er politisch als eine tragische Figur zwischen zwei Zeitaltern.

Man hätte gerade diesem edlen, ritterlichen Manne, diesem noblen Patrioten eine schönere öffentliche Rolle gewünscht. Sein Herz voll Begeisterung und Mitleid durfte keine Früchte ernten. Als er in die Stille seines Lebensabends zurückging, verfolgte ihn Mißachtung gerade der Kreise, denen er entstammte. In seinem Buche „Erinnerungen und Dokumente“ hat er ein hares, gewissenhaftes Bild seiner schlimmen Tage gezeichnet. Die Unbeliebten haben sich freilich auch von ihm nicht bekehren lassen. Seine schwache Gesundheit hat die Katastrophe seiner Ideale nicht mehr überstanden, und so hat er auch kein biblisches Alter erreicht. Wenn ihm sein Vaterland auch nur wenig Positives zu danken hat, so wird sie doch über sein Grab hinaus diesen waderen Vaterlandsfreund, diesen selbstlosen Edelmann ehren.

Man hätte gerade diesem edlen, ritterlichen Manne, diesem noblen Patrioten eine schönere öffentliche Rolle gewünscht. Sein Herz voll Begeisterung und Mitleid durfte keine Früchte ernten. Als er in die Stille seines Lebensabends zurückging, verfolgte ihn Mißachtung gerade der Kreise, denen er entstammte. In seinem Buche „Erinnerungen und Dokumente“ hat er ein hares, gewissenhaftes Bild seiner schlimmen Tage gezeichnet. Die Unbeliebten haben sich freilich auch von ihm nicht bekehren lassen. Seine schwache Gesundheit hat die Katastrophe seiner Ideale nicht mehr überstanden, und so hat er auch kein biblisches Alter erreicht. Wenn ihm sein Vaterland auch nur wenig Positives zu danken hat, so wird sie doch über sein Grab hinaus diesen waderen Vaterlandsfreund, diesen selbstlosen Edelmann ehren.

Schulze-Pfalszer.

Kriegsgräberfürsorge.

Es gehört zu den edelsten Aufgaben jeder Nation, ihre Toten zu ehren. Sind diese Toten im Kampf für das Vaterland gefallen, so wird diese Aufgabe zur heiligen Pflicht des gesamten Volkes. Niemand kann sich ihr entziehen. Die Stätte, wo unsere Gefallenen ruhen, ist geweihter Boden. Die Ehre der Nation wohnt an ihrem Grabe, damit die Ahnen auch für spätere Generationen erhalten

bleibt. Von den zwei Millionen im Weltkrieg gefallenen Deutschen sind nur zweihunderttausend in deutscher Erde begraben. Die Mehrzahl von ihnen ruht der französischen Rufen. Über dreihunderttausend haben in Polen ihre letzte Ruhestätte gefunden. Ein ungeheures Arbeitsgebiet erschloß sich hier dem Volksbund für Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der aus kleinen Anfängen im Jahre 1919 zu einer mächtigen Organisation im Jahre 1929 geblieben ist. Der Volksbund zählt heute 44 Verbände und 1515 Ortsgruppen, die über das ganze Reich, die Schweiz und die freie Stadt Danzig verstreut sind. Die Mitgliederzahl ist schon im Jahre 1928 auf 120 000 gestiegen und nimmt von Jahr zu Jahr weiter zu. In einem Erbe des Reichsministeriums des Innern vom 3. Mai 1921 wurde als Aufgabenzweck des Volksbundes umschrieben: die Herkennung, Schmuck und Pflege der deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland und im deutschen Reichsgebiet zu fördern und den Angehörigen der Gefallenen und Verstorbenen in allen Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge behilflich zu sein. Das Reich selbst förderte diese Bestrebungen durch moralische und finanzielle Unterstützung.



Bestin: Transvaan
Denkmal für die Gefallenen des Kaiser-Franz-Jäger-Bataillon-Regiments Nr. 2

Seine vornehmste Aufgabe besteht der Volksbund im Augenblick in der würdigen Befahrung der Sammelgräber in Frankreich. Die größte deutsche Kriegsgräberstätte in Frankreich birgt 40 000 Einzelgräber. Ein Sammelgrab allein 22 000 Tote — ein ganzes Armeekorps. Obwohl die französische Regierung gewissermaßen den Verpflichtungen nachkommt, die sie aus dem Friedensvertrag übernommen hat, fand der Volksbund hier ein großes Arbeitsfeld vor. 62 Anlagen wurden mit Säumen, Steinplätzen und insgesamt 143 480 Buchstaben und Rosenbüschen bepflanzt. Sammelgräber wurden mit Stein eingefaßt, Ehrenplätze und Denkmäler wurden errichtet. Von den 659 in anderen Ländern gelegenen Friedhöfen wurden 219 auf Veranlassung des Volksbundes infand gestellt, für weitere 169 ist die Inhabensetzung von den zuständigen Regierungen angedeutet worden. Wie feinsinnig die Arbeit ist, die von der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Jahr für Jahr im Interesse der Hinterbliebenen geleistet wird, mag aus folgenden Zahlen hervorgehen. In den beiden letzten Jahren verließen 96 490 Briefe die Geschäftsstelle, davon enthielten 61 472 Auskünfte über Vorhandensein und Zustand der Gräber von Gefallenen. In einem Jahr wurden auf Veranlassung von Angehörigen über 7000 Kränze niedergelegt, über 2000 Photographien von Einzelgräbern hergestellt.

Nach zehnjähriger Arbeit kam der Volksbund für Kriegsgräberfürsorge auf manche Erfolge zurück. Er hat wertvolle Kulturarbeit verrichtet und seine Erfindungsbeachtung nachgewiesen. Die Helden des Weltkrieges sind nicht vergessen. Ihre Ruhestätte ist und bleibt dem deutschen Volk ein Denkmäler. hg.



Alsaceburg Transvaan
Denkmal für die gefallenen Jäger im Elß, 1925

Nach zehnjähriger Arbeit kam der Volksbund für Kriegsgräberfürsorge auf manche Erfolge zurück. Er hat wertvolle Kulturarbeit verrichtet und seine Erfindungsbeachtung nachgewiesen. Die Helden des Weltkrieges sind nicht vergessen. Ihre Ruhestätte ist und bleibt dem deutschen Volk ein Denkmäler. hg.



Alsaceburg Transvaan

Das Abkommen mit Polen.

Das am 31. Oktober d. J. zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau, Kaufher, und dem polnischen Außenminister Palefi abgeschlossene Abkommen über die Auslegung bestimmter gegenseitiger finanzieller Forderungen sowie den polnischen Verzicht auf die Ausübung des Wiederaufrechts und die Weiterführung der Liquidationen hat infolgedessen eine große Bedeutung, als damit einige der Streitpunkte endgültig erledigt worden sind, die in den bisherigen deutsch-polnischen Beziehungen eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die Verhandlungen, die zu diesem Abkommen geführt haben, waren durch die in Kapitel 9 des Young-Planes enthaltene Empfehlung veranlaßt worden, daß die auf Grund des Versailler Vertrages von den Gläubigermächten bislang durchgeführte Liquidation reichsdeutscher Eigentums einzustellen sei. Da die Liquidationsfragen gerade in den deutsch-polnischen Beziehungen eine sehr wesentliche Rolle spielten und außerdem auch mit einigen anderen Materien im engen Zusammenhang standen, wurden zur Regelung dieser Angelegenheit besondere deutsch-polnische Verhandlungen eingeleitet, die dann schließlich zu dem genannten Abkommen geführt haben.

Der Inhalt des Abkommens ist kurz folgender:

Zunächst ist voranzuschicken, daß Polen von seinem Rechte zur Liquidation reichsdeutscher Eigentums in den abgetretenen Gebieten in einem Umfang Gebrauch gemacht hatte, daß in den Jahren der Nachkriegszeit etwa 120000 ha an deutschem Grundbesitz zur Enteignung gekommen waren. Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen, die sich im wesentlichen gegen deutsche Reichsangehörige richteten, wurde von der polnischen Regierung gegenüber den auf den ehemaligen Rentengütern anwesenden, jetzt zur deutschen Minderheit gehörenden Landwirten das sogenannte Wiederaufrecht ausübt, das seinerzeit von der preussischen Anfeindungskommission für den Fall des Verkaufs oder des Erbanges dieser Güter vorgesehen war. Auch dieses Recht, das nach dem Übergang der Staatshoheit in den abgetretenen Gebieten von den polnischen Behörden in Anspruch genommen wurde, war in der Nachkriegszeit in etwa 500 bis 400 Fällen zur Anwendung gelangt. Die Polen haben nun in dem jetzt abgeschlossenen Abkommen auf die Durchführung dieser beiden Maßnahmen verzichtet, die ausgesprochen gegen den reichsdeutschen bzw. deutschstämmigen Besitz gerichtet waren, und zwar auf das Wiederaufrecht in einem Umfang, daß es gegen Adwocaten, Deszendanten, Geschwister, Geschwisterkinder und Ehefrauen der betreffenden Besitzer in den für uns praktisch wichtigen Fällen nicht mehr geltend gemacht werden kann. Dieser Verzicht bedeutet, soweit die Liquidierung reichsdeutscher Besitzes in Frage kommt, die Erhaltung von etwa 55000 ha ländlichen und südlichen Grundbesitzes in deutscher Hand, während durch den Verzicht auf das Wiederaufrecht etwa 12000 Rentengutsbesitzer mit einem angefallenen Personenkreis von etwa 70000 bis 80000 Angehörigen der deutschen Minderheit in Zukunft für ihre Erbsen in Polen einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt erhalten. Besonders bemerkenswert ist noch, daß der polnische Liquidationsverzicht sogar mit einer gewissen rückwirkenden Kraft erfolgt, insofern nämlich, als auch einigmalig liquidierte Güter, bei denen aber die Eigentümer am 1. September d. J. den Besitz noch nicht verlassen hatten, unter dem Liquidationsverzicht fallen. Ferner ist wesentlich, daß die Polen auch ihr Recht auf die Liquidation reichsdeutscher Eigentums in Ostoberschlesien, von dem sie gemäß den Bestimmungen des Genfer Abkommens zwar noch nicht verzicht, aber nach Ablauf einer Reihe von Jahren hütten Gebrauch machen können, fallen gelassen haben. Schließlich ist zu erwähnen, daß Polen auch noch auf eine Reihe von finanziellen Forderungen verzichtet hat, die es dem Deutschen Reich gegenüber mit etwa 800 Millionen Goldmark geltend gemacht hatte. Dieser Posten umfaßte insbesondere die sogenannten Requisitions- und Aufwandschäden.

Als Gegenleistung für diese Zugeständnisse hat das Deutsche Reich auf die sogenannten Zusatzentfädigungen für den in der Nachkriegszeit liquidierten reichsdeutschen Besitz verzichtet, die nach dem Wortlaut des V. D. vom polnischen Staate hätten geleistet werden müssen. Wegen dieser Zusatzentfädigungen war vor dem Gesamtrichter Schiedsgericht in Paris eine große Zahl von Prozessen anhängig, da nämlich die polnischen Behörden die betreffenden Liquidationsobjekte ausnahmslos ererblich unter ihrem wirklichen Duld entzogen hatten. Die Forderungen aus diesen Prozessen, die durch das jetzige Abkommen gegenstandslos geworden sind, sind also nunmehr vom Deutschen Reich zu erfüllen, das für eine angemessene Entschädigung der Berechtigten Sorge tragen wird. Diese Verpflichtung bedeutet natürlich gerade im Hinblick auf unsere gegenwärtige Finanzlage eine starke Belastung, die aber einerseits dadurch wieder ausgeglichen wird, daß, wie bereits erwähnt, auch die Polen

ihre eigenen finanziellen Forderungen haben fallen lassen, andererseits dadurch, daß nach nahezu einem Jahrzehnt händiger Verunsicherung endlich einmal eine weitgehende Sicherung des in den abgetretenen Gebieten noch verbliebenen reichsdeutschen und deutschstämmigen Besitztandes erreicht worden ist.

Zum Schluß ist noch zu bemerken, daß mit diesem Abkommen auch diejenigen gegenseitigen Forderungen Deutschlands und Polens als ausgeglichen gelten, die durch die mit der Grenzziehung erfolgte Zerstückelung von Gemeinden, Kreisen, Provinzen und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts entstanden waren.

Die Wahlen in der Tschechoslowakei.

Die am 27. Oktober d. J. in der tschechoslowakischen Republik stattgefundenen Wahlen in das Abgeordnetenhaus und in den Senat haben keine Überraschungen gebracht. Waren die Wahlen selbst schon ohne förmliche Erregung vor sich gegangen, so haben die Ergebnisse erwiesen, daß nicht nur die parteipolitischen Gruppierungen, sondern auch die nationalen Machtverhältnisse keinen stärkeren Schwankungen mehr unterworfen sind. Wohl hat die bisherige agrarisch-kristlichsoziale, deutsch-tschechische Regierungskoalition eine empfindliche Niederlage erlitten — der Penel schenkte diesmal nach links —, aber erstens war dieses Ergebnis schon nach den Landesvertretungswahlen im Jahre 1928 zu erwarten, und zweitens war es den oppositionellen Parteien trotz der nahezu fünfzigprozentigen Stimmzunahme der tschechischen Sozialdemokraten doch nicht gelungen, die gegenwärtigen Regierungsparteien völlig aus dem Sattel zu werfen. Ja, die härteste unter den tschechischen Regierungsparteien, die tschechischen Agrarier (Sevela usw.), wie auch die tschechischen Nationaldemokraten (Kramarck usw.) verzichteten nicht nur eine Zunahme ihrer Stimmen, sondern auch der Mandate. Unausgeglichen blieben die deutschen Regierungsparteien ab, die zusammen sechs Mandate allerdings nicht einer negativen tschechischen, wohl aber einer anderen, bisher nicht der Regierung angehörigen aktivistischen Partei überlassen mußten. Daß es sich also hier nicht etwa um einen Sieg des negativistischen Elements innerhalb der sudetendeutschen Bevölkerung handelt, beweist auch die Tatsache, daß die Deutsche Nationalpartei und der mit ihr verbündete Sudetendeutsche Landbund nicht weniger als drei Mandate einbüßten und auch — allerdings auch dank der tschechischen Wahlgeometrie — im Senat nicht mehr vertreten sein werden. Unfreiwillig ist der Erfolg der sogenannten Deutschen Wahlgemeinschaft (Demokraten und linke Deutschnationale), die auf der Liste der deutschen Agrarier vier Mandate gewinnen konnte, und der der deutschen Sozialdemokraten, die vier Mandate erlangen.

Um die bei diesen Wahlen stimmberechtigten 819671 tschechoslowakische Staatsbürger heranzien 22 Parteien, darunter nicht weniger als neun deutsche, sieben tschechische, zwei slowakische, eine jüdisch-polnische und eine kommunistische. Trotz dieser namenhaften Zerstückelung in sudetendeutschen Lager gelang es dennoch den deutschen Parteien, nicht nur ihre Mandatszahl zu erhalten, sondern auch in verschiedenen Gebieten (so zum Beispiel selbst in Prag) ihre Stimmenzahl oft wesentlich zu erhöhen. (Nur das Hulfstädter Ländchen weist bei einem allgemeinen Stimmeneintrag auch einen Rückgang der deutschen Stimmen auf.) 66 Deutschen, 19 Slowakischen, 9 madsjarischen und 4 polnisch-jüdischen Volksvertretern stehen 171 tschechische gegenüber. Infolge der Verluste der Slowaken und besonders der Kommunisten, die unter der tschechischen Wählerchaft weit größer sind als unter der deutschen, gelang es den tschechischen Parteien, ihren bisherigen Besitzstand von 139 Mandaten auf 171 zu erhöhen.

Das neue tschechoslowakische Abgeordnetenhaus wird also nach dem zweiten und dritten Stratumum folgende Zusammenfassung aufweisen:

Die deutschen Parteien:

	1929	1925
Bund der Landwirte	12	16
Deutsche Wahlgemeinschaft	4	0
Sozialdemokraten	21	17
Christlichsoziale	14	13
Gewerbetarier	3	5
Nationalsozialisten	8	7
Nationalpartei	6	10
Sudetendeutscher Landbund	1	0
Adutsche	0	0
Zusammen:	66	66

Bauernwanderung in Rußland.

Die tschechischen Parteien:

	1929	1925
Sozialdemokraten	59	29
Nationalsozialisten	52	28
Nationaldemokraten	14	13
Agrarier (Republikaner)	46	45
Demerbspartei	12	13
Volkspartei (Christlichsozial)	25	31
Kiga gegen gebundene Kisten	3	0
zusammen:	171	159
Slowakische Volkspartei	19	23

Nationale Minderheiten:

	1929	1925
Ungarische Parteien	9	10
Polnische Partei	12	1
Jüdische Partei	2	0
Ruthenen (Russen)	1	1
Kommunisten	50	41

Nach den angeführten Ergebnissen gelang es der bisherigen Regierungskoalition bloß 146 Mandate zu erringen, während die oppositionellen Parteien 154 eroberten. Die linken Parteien (130 Abgeordnete) gewannen acht Sitze der Rechten (170 Abgeordnete). Die aus einem nichtigen Grund gesfallene bisherige Regierungskoalition kann also nach dem Ergebnis der Wahlen nicht wiederkehren, ganz abgesehen davon, daß die mit Tschechien nicht wiedererlegene Slowakische Volkspartei bereits vor den Wahlen aus der Regierung ausgetreten war. In der Prager Burg wird eine aus den Agrariern und Sozialdemokraten beider nationaler Lager gebildete neue Regierung einziehen. Dr. Heinz von Palleit.

Seit dem November des vergangenen Jahres macht sich in Rußland eine Wanderung der Bauern bemerkbar. In ihr beteiligt sich im besonderen die deutschstämmige Bauernschaft. Anfangs zogen kleine Trupps in die Gegend vor Moskau, um von dort aus die Auswanderungserlaubnis zu erwirnen. Ab Mitte September 1929 verläßte sich der Zuzug durch händig wachsende Abteilungen aus Sibirien, aus der Krain, aus Zentralasien und von der Wolga. Anfang Oktober sollen bereits 1000 Flüchtlinge vor Moskau gezählt worden sein, am 15. Oktober war die Zahl auf 5000 geschätzt. Die meisten dieser deutschen Bauern sind Memnoniten, nur ein geringer Bruchteil ist katholisch oder lutherisch. Die Nachrichten der letzten Tage melden, daß die Zahl der vor Moskau versammelten Flüchtlinge über 10.000 hinausgewachsen ist und daß noch wesentlich kürzerer Zuzug erwartet werden muß.

Nach den vorliegenden Nachrichten geben die Bauern für ihr Verhalten mannigfache Gründe an. In erster Stelle nennen sie das radikale Vorgehen der Sowjetregierung bei der Durchführung der Sozialisationspolitik, ferner eine außerordentlich schwere Besteuerung und die angeblich maßlose Auflage für die Getreideablegerung. Viele der Bauern wollen durch Zwangsverleigerung infolge Steuerkavalen zur Abwanderung gezwungen worden sein; andere betonen, daß sie sich durch den erzwungenen Eintritt in die Wirtschaftskollektive zu Kohnarbeitern degradiert fühlen. Neben diesen wirtschaftlichen Gründen haben aber wohl auch Befürchtungen kultureller und religiöser Art die Bauern zum Abwandern gebracht. Ihr Ziel ist zunächst Kanada. Es scheint aber noch nicht festzujelien, ob die kanadische Regierung die Einreiseglaubnisse erteilen wird. Da andererseits die Sowjetregierung die Bauernlager vor Moskau nicht länger dulden will und Verlaubarungen über einen zwangsweisen Rücktransport ergehen läßt, könnte sich die Sage dieser deutschflüchtigen, überwiegend proletarischen Massen verhängnisvoll, wenn nicht gar katastrophal gestalten. Unter diesen Umständen dürfte es die Zustimmung der geschlossenen Mehrheit des deutschen Volkes finden, wenn, wie ununterrichtete Stellen melden, die Reichsregierung, wahrscheinlich mit Hilfe des Roten Kreuzes, eine Hilfsaktion veranstaltet wird.

Blick in die Bücher

Von der bekannten Reihe der „Weltpolitischen Bücher“, herausgegeben von Ad. Grabowsky (Zentralverlag, Berlin), liegen mehrere neue Bände vor:

Das tropische Afrika. Von Franz Thordike.

Dieses Buch ist deshalb besonders wichtig, weil es in die Zukunft weist. Europa braucht Land, das sich heute für unseren Erdteil keine Nachfrage, keine Preisfrage macht, sondern einfach die Lebensfrage. Amerikas Schatten wachsen immer höher über uns herein. Asien gebiert sich, wenn auch unter Kämpfen und Qualen, eigenes Leben und eigenen Staat, nur Afrika braucht uns. Und wir brauchen Afrika, kein Land, keine Rohstoffe, keine Menschen. In der kurzen, sicheren und erschöpfenden Art, die für die Weltpolitische Bücher charakteristisch ist, wird in diesem Band all das dargelegt, was Afrika produziert, was wir von ihm benötigen, welche Möglichkeiten für Pflanzung und Anbau bestehen. Es bleiben gemäß noch mehrere sehr schwere Fragen zu lösen: Die Stellung des Europäers zum Eingeborenen, die ja auf eine ganz neue Grundfrage gestellt werden muß, die Neuordnung der Mandatsverteilung nach den Wünschen, die Heranziehung der Eingeborenen zu europäischen Kriegen, wodurch das Ansehen des Europäers ungeheuer discreditiert worden ist. Schwere und ausgreifende Probleme; mit Recht sagt Thordike, daß sie erledigt werden müssen, wenn Europa nicht selbst eine Kolonie werden möchte.

Tschechoslowakei. Von Fritz Machatschek.

Unter den Staaten, die nach dem Weltkriege entstanden sind, ist die Tschechoslowakei einer der interessantesten. Ihre Lage, fast jeder Außenpolitiker rechnen muß, durch ihren wirtschaftlichen Reichtum ist sie ein wichtiger Träger des europäischen Handels. Aber diese Tatsachen und Zusammenhänge gibt der Band vor treffliche Auskunft, er bespricht die geographische Lage, die Geschichte, den neuen Staat und seine Wirtschaft, schließlich seine bisherige Politik; all dieses wird durch mehrere Tabellen und eine Literaturangabe ergänzt.

Als Ergebnis solcher objektiven Betrachtung zeigt sich, daß dieses Land noch lange nicht konsolidiert ist, weder auf politischem, noch auf wirtschaftlichem Gebiet. Seine Lage, die vielfältige Gliederung seiner Bevölkerung, seine Stellung zu den Nachbarn und zu den Großmächten — es ist ein wenig viel, was die junge Staat auf einmal bewältigen soll, und so wird sich, erst zeigen, ob er all diese Aufgaben lösen kann. Deutschland ist in mancherlei Hinsicht

interessiert (allein 51 v. H. der Einfuhr in die Tschechoslowakei kam aus Deutschland). Die vorliegende Schrift möchte und kann dazu helfen, unsere Stellung zur Tschechoslowakei zu präzisieren und zu klären.

Spanien und Portugal. Von Prof. Dr. Paul Herre.

Während des letzten Jahrzehntes haben sich aber auch Staaten verwandelt, die der Weltkrieg nicht unmittelbar, jedenfalls nicht einfach beeinflusst hat. Unter ihnen liegen an erster Stelle die beiden Staaten der iberischen Halbinsel, denen der 12. Band der Weltpolitischen Bücher gewidmet ist. Beide Länder waren nach einer glänzenden Geschichte zu Mächten zweiten Ranges herabgesunken und nach dem Weltkrieg finanziell und politisch fast völlig zumammgebrochen. Erst nach schweren Wirren und Kämpfen haben sich die Lebensverhältnisse beider Staaten wieder konsolidiert; wie das Buch zeigt, sind Wirtschaft, Handel, Verkehr gefestigt und noch sehr ausbaufähig. Schließlich haben sich die so genannten Länder — das hebt Herre als bedeutendstes politisches Ereignis hervor — wieder zu Trägern einer umspannenden weltpolitischen Idee emporgingegen können: zu der Idee einer engen geistigen und wirtschaftlichen Verbindung Spaniens und Portugals auf der einen Seite, mit den jungen Staaten Lateinamerikas andererseits.

Die Entschlingung des modernen Weltstaatenystems. Von Professor Dr. W. Vogel.

Das Buch ist ein Musterbeispiel für Notwendigkeit, Sinn und Wert der Weltpolitischen Bücher: Es ist geeignet, mit seinem kaum hundert Seiten aus eine Anschauung von dem politischen Gesetzt zu vermitteln, das in seiner letzten Auswirkung zum Weltkriege geführt hat; daß die Geschichte von der Idee und dem Raum bestimmt wird.

In neun wichtigen Kapiteln zeigt das Buch die Vollendung des weltpolitischen Systems, das 1918 in Versailles seine vorläufige Konsolidierung gefunden hat; es zeigt die Entdeckung der überseeischen Länder aus dem Geiste der Renaissance heraus, die Auswanderung in diese neuentdeckten Länder und die Grundlegung des englischen Commonwealth, das Wachsen des „imperialistischen“ Geistes und — es mutet an wie der fünfte Akt eines schicksalsschweren Dramas — die Vollendung des Weltstaatenystems durch den Weltkrieg.

In der Einleitung zu diesem Buch sagt Vogel: „Jede Zeit hat das Recht und die Pflicht, die Vergangenheit aus dem Gesichtspunkt und aus den Bedürfnissen der Gegenwart neu zu überdenken. Eine objektive oder historische Geschichte im Sinne einer für alle

Zeiten gilligen gibt es nicht. Jede Zeit muß die Geſchichte neu ſehen und neu ſchreiben.“ Nun, dieſes Buch iſt ein Baustein zu dem neuen Betrachtern und Beſchreibern der Geſchichte im Sinne Miegheſes, daß jeder Menſch und jedes Volk eine Kenntnis der Vergangenheit braucht, immer nur zu dem Zweck des Lebens und auch auch unter der Herrſchaft und oberſten Führung des Lebens.“

Den Deutſchen ſtreichlich wird ſolche Betrachtungsweise ſchwer fallen. Als die Deutſchen noch um die Einheit ihres Reiches kämpften, fanden das britiſche und das franzöſiſche Imperium und fand der amerikaniſche Kontinent ſchon ſelbſtſtändig. Deutſchland aber fand nicht nur räumlich, ſondern auch geiſtig allzulange außerhalb des Weltkultursystems. Doch birgt ſolche ſpäte Reife eine Hoffnung, nämlich die, daß wir unſere Wärdigkeit noch zu erfüllen haben, daß die Wurzeln unſeres Lebens noch zu lebendig ſind. Vogels neus und tapferes Buch klingt wie eine Befätigung dieſer Hoffnung.

Döſſerſche. Von Dr. R. Udden.

Der 13. Band der Weltpolitiſchen Bücherlei entwirft und klärt ein Problem, das bisher kaum beachtet wurde, das Problem der Bedeutung und des Wefens von „Döſſerſoren“ der Geſchichte. Unter Döſſerſoren verſteht Udden die Gebirgspäſſe und -ſenken, die Vermittler ſind zwifchen den ärmlichen und kulturloſen Gebirgen und der Ebene, die das von der Natur vorgezeichnete Macht- und Kulturzentrum iſt.“

Das Beſpiel eines europäiſchen Döſſerſores, des Wiener Bedens, zeigt, was der Verfaſſer klären und herausarbeiten will. Das Wiener Beden iſt „die einzige bedeutende Kücke zwifchen den beiden größten und geſchloſſenſten Gebirgswälle des Erdteils und bezeichnet genau den Schnittpunkt der europäiſchen Nordweſt-Südoſtwaſche“. Wien iſt daher der große Vermittler des Nordens und Welens zum Süden Europas und zum Orient geweſen. Das zeigt ſeine ausdrucksvolle und weſentliche Geſchichte vom Durchzug der Döſſerſoren während der Döſſerwanderung an, über die Kärntenfrage bis zu den Auktagen 1914, in der die Wiener Politiſt Europas Schickſal entſchieden mußte. Heute hat es als wirtſchaftlicher Vermittler ſeine Stellung zum Teil eingebüßt, die Vermittlung kultureller Güter, die ihm ſeine geographiſche Stellung in Europa zuweiſt, iſt noch heute eine ſeiner wichtigſten Aufgaben.

In gleicher Art behandelt Udden die anderen europäiſchen, das amerikaniſche, die aſiatiſchen und afrikanischen Döſſerſore, und erweist dadurch eine Bereicherung und Vertiefung unſeres Weltbildes.

„Kooperatives Wirtſchaft.“ Von Profeſſor Dr. Friedrich Deſſauer. Verlag von Friedrich Cohen, Bonn 1929, X und 160 S.

Den von Pfaden bekannter ſozialökonomiſcher Lehmeinungen weicht der Verfaſſer in mancher Hinſicht ab. An die Stelle einer Theorie, die mit abſtrakten Begriffen, wie Kapital, Arbeit, Bedarf

arbeitet, mit Begriffen, die nur beſtimmte Wirtſchaftsfunktionen umreißen, ihre menſchlichen Träger aber nur ſchemenhaft vermuten laſſen, tritt eine Wirtſchaftsbetrachtung, die die enge Verbindung des geſamten Wirtſchaftsgeſchehens mit dem Menſchen in den Vordergrund ſtellt. „Wirtſchaft“, ſo ſagt der Verfaſſer, „iſt ein Geſchehen zwifchen Menſchen, Natur und Technik, nicht zwifchen Bedarf, Kapital und Arbeit“. Verſchiedene Funktionen ſind der Menſch in der Wirtſchaft aus: als Unterneher, als Mitarbeiter, der über Kapital verfügt, als geordnete Gemeinſchaft in den ökonomiſchen Körperſchaften (Staat uſm.). Zu dieſen fünf menſchlichen Faktoren, die „die fülle ihrer Menſchlichkeit“ in die Wirtſchaft einbringen, treten als objektive Faktoren Natur und Technik. Eine ſinnvolle geplante Zusammenarbeit der menſchlichen Faktoren unter demutgemäßem Einſatz der objektiven Faktoren Natur und Technik — das iſt nach der Definition des Verfaſſers unter kooperativem System der Wirtſchaft zu verſehen. Seinem inneren Weſen entſprechend, iſt jeder Faktor am Wirtſchaftszug zu beteiligen; feiner ſoll verſchmären, feiner unverhältnismäßig hart emporenwahren. Bei folcher Kooperation wird auch der Arbeiter nicht mehr lediglich der Verkäufer ſeiner Arbeitskraft ſein; er wird vielmehr mit ſeinen eigenen perſönlichen Fähigkeiten als mitarbeitender Menſch in den Zeitſtück eingegliedert werden müſſen. Kooperation in dieſem Sinne bedeutet eine aus bereits vorhandenen Anſätzen bewußt zu erziehende Wirtſchaftsform.

Soweit, um in die reiche Gedankenwelt dieſer Arbeit einzuführen, die in der Wirtſchaft nicht ein automatisch wirkendes Mechanismus, ſondern einen blutarmen Organismus ſieht. Und was dieſer inſtruktive Schrift ein beſonderes Gepräge gibt: aus ihren Gedankenreihen ſpricht das Pathos einer ſtarken Überzeugung, eines hohen Ethos. Das Buch gehört ebenſowohl in die Hand des Wirtſchaftspraktikers und des Wirtſchaftspolitikers wie der heranwachsenden Generation, denen allen es wertvolle Anregungen und Erkenntnisse zu vermitteln vermag.

Einführung in die Politiſt. Von Dr. Wilhelm Ziegler. Zentralverlag, Berlin 1929.

Die Neuauflage dieſes von mir wiederholt empfohlenen Buches mit ſeinem auf rund 300 Seiten gut geliebten und auf 46 Karten ſinnfällig geſtalteten Stoff gibt willkommenen Gelegenheit zu folgender charakteriſtiſchen Feſtſtellung: Wir in der „Deutſchen Hochſchule für Politiſt“ ſchätzen dieſe „Einführung in die Politiſt“ ſo hoch und verſuchen ſie dadurch auszuzeichnen, daß wir eine Anzahl Exemplare verteilen, als es im vorigen Jahre ſich darum handelte, im bekannten Redewettbewerb deutſcher Primaner, der Vorbereitung für den internationalen Wettbewerb in Waſhington, ein gutes Buch als Prämie zu verwenden. Dieſe Aufgabe ſagt alles. Ernſt Jädh.

Deutſche Volkſtunft / Von Dr. Paul Febr. Schmidt.

Zur Zeit unſerer Väter kannte man nur das Ideal der naturnahen Kunſt, die von den Griechen bis zum Impreſſionismus des 19. Jahrhunderts reichte. Von der Volkſtunft weiß man erſt einige Jahrzehnte; man hat ſie ſchon weit früher Werke der Leger und Eſtimos, der Vorkeltmenſchen und der Bauern in Muſeen geſammelt, aber das alles galt nur als Kurioſität und Material für gelehrte Geiſte, die ſich mit ſo abliegenden Schnurpfeifenkünſt zu ihrem Ergötzen beſchäftigten. Kunſt? Das war nur die lächelnd naturgetreu nachgeahmte Statue oder Malerei.

Das hat ſich ja nun gründlich geändert. Neben den Herrlichkeiten der egyptiſchen, ägyptiſchen, prähiſtoriſchen Kunſt ſieht für uns ſollte ſie an erſter Stelle ſehen, die Bauernkunſt aller deutſchen Stämme. Gleihge und kundige Hände ſind am Werk geweſen, die Schätze ihres Hausſieges rechtzeitig zu ſammeln und vor dem Verderben zu bewahren. Denn ſelber iſt der Bauer heute ſtill überall ſo „aufgekürt“, daß er die ſchönen alten Formen ſeiner Väter gering achtet, ſie verkommen läßt und durch den Schmutz erſetzt, den ihm die Städte und ihre Warenhäuser aufs Kind

liefern. Eine traurige Nebenwirkung des techniſchen Triumphes, der achte Handwerker überall durch billige Maſchinenarbeit verdrängt — ein Prozeß, der ſelber nicht aufzuhalten iſt. Es bleibt uns nur übrig, die wertvollen Zeugen volkstümlicher Kunſt vor dem Untergang in Muſeen zu retten, wie das überall in Deutſchland und in beſonders muſterhafter Weiſe in den nördlichen Ländern geſchieht.

Die Entſcheidung dieſer Volkſtunft iſt eine gründlich andere und gibt uns an ſich ſchon einen deutlichen Fingerzeig für ihre Verſchiedenheit von der ſoziananten hohen Kunſt. Während dieſe in den Städten durch ſtrenz ſpezialisierte Meißter entſtand, die anfangs als Handwerker, dann aber — beſonders ſeit der italieniſchen Renaissance — als ſelbſtbeſetzte Künſtler auftraten und in der techniſchen Vollendung der Naturähnlichkeit ihr höchſtes Ziel ſahen, pflegte der Bauer, nicht anders als der „Wilde“ und der Menſch der Vorgedächte, ſeinen Bedarf an Gebrauchs- und Schmuckſachen im weſentlichen ſelber herzuſtellen. Die Urfprünglichkeit und Zweckmäßigkeit des deutſchen Bauernhaufes rührt daher, daß der Beſtzer ſelber die Raumteilung und den Aufbau beſtimte und bei der Ein-



Einwand-Stickerei

richtung mit Hand anlegt. Wo immer in deutschen Landen man Bauernhäuser findet, muß man ihre Anpassung an die landwirtschaftlichen Zwecke, an die Lebensgewohnheiten der Bewohner, an die Besonderheiten der Landschaft aufs höchste bewundern. Altgermanische Gewohnheiten sprechen noch mit, besonders in nieder-sächsischen Bauernhaus mit seiner riesigen Diele, die in einem Raum Mensch und Vieh vereinigt, bisweilen noch heute: Gebirgslandschaften schufen das gewaltige Dach und den Holzcharakter des

wie aus der nativen Freude am Schmückenden heraus entstanden sind. Verfenkt man sich tiefer in die Motive dieser Kunst, so erkennt man überhaupt die untrennbare Verflochtenheit von inhaltlicher, geistiger, religiöser Absicht und jener unbändigen Schmuckfreude, die dem Menschen eingeboren ist. Das zeigt sich nicht nur in den Devotionalien, den Weibgeschenken, die man einem bestimmten Heiligen zur Erfüllung eines Wunsches darbringt: nicht bloß bei den phantastischen und wilden Masken, die in der Salzburger Gegend zu den Perchten-



Bäufische Haube



Postkutsch 1607



Perchten-Maske (Salzburg)

Schwarzwälder und des Schweizer Bauernhauses, in anderer Weise das wohl schönste Exemplar in Deutschland, das oberbayerische Dieleleben Wänden, seinen grünen Fensterläden und feinsthewerten Schindeldächern, die Kunst durch phantastisches Ständerwerk; und so konzentriert sich das germanische Haus (das immer Bauernhaus war) durch die Jahrtausende bis in die Gegenwart in den mannigfaltigsten Abwandlungen, bedingt durch die Praxis. Eine Wanderung durch deutsche Landschaften ist nicht zu denken ohne Freude an der Mannigfaltigkeit der Dorfercheinung.

Im Hause selber existiert die Bauernarbeit, die wahre Kunstwerke schafft, heute freilich nur in seltenen Fällen. Daß es früher anders war, erkennen wir aus den Schätzen der Museen; denn es wird wohl wenigen Mitlebenden vergönnt sein, selber etwas Derartiges in Bauernhäusern noch aufzufinden, obwohl nicht besitzend werden kann, daß es räuhliche Ausnahmen im Bauerntum gibt, die das überkommene pietätvoll aufbewahren und gebrauchen. — Naturgemäß handelt es sich dabei in erster Linie um das, was wir „Kunstgewerbe“ nennen, das heißt um Dinge des wochen- und fest-täglichen Gebrauchs. Der Bauer ist ein Nützlichkeitsmensch. Wiewohl er aber dem höheren Begriffe der Schönheit zusehen kann, beweisen die Dekorations der oberbayerischen und Tiroler Häuser in fresco, beweisen die Hinterglasbilder und Marterböcke, die ebenso aus Gottesfurcht und Heiligenverehrung

läufen aufgesetzt wurden und die in ihrer umfangreichsten Ausbildung unmittelbar an die gewaltigen Kopfbauten der Neger und Südseeinsulaner bei ihren feststänzen erinnern. Das zeigt sich auch in der Ausgestaltung festlicher Kleidung und Schmuckstücke, die vor allem die Frauen bei festlichen Gelegenheiten anziehen und die eine unerhöchliche Fundgrube künstlicher Phantasie bilden. Das zeigt sich aber auch bei den Webereien und Stickerien der Bäuerinnen, die fast immer figurliche Motive in ihre Tücher, Borten und Häuben hineinweben; bei den Spielzeugfiguren aus dem Erzgebirge, Thüringen und Oberbayern, die heute noch in bester alter Form zur Freude unserer Kinder hergestellt werden, bei den Glasbläsern und vor allem, in unerhöchlichen Abwandlungen, bei den Töpfern, die ihre Schüsseln, Krüge und Teller mit den lustigsten Motiven aus der Natur und aus ihrer Vorstellung bevölkern.

In den wichtigsten Orten, wo man diese Dinge kennenlernen kann, gehört das Museum für sächsische Volkskunst in Dresden, das eine der amnützlichsten Bestandsstätten Deutschlands darstellt. Das vollständigste Material findet man in der Berliner Sammlung für deutsche Volkskunde, leider äußerst gedrängt und unvollkommen untergebracht. Der junge energische Direktor Dr. Hahn sorgt durch eine Ausstellung weniger aber erlebener Stücke in der Akademie der Künste dafür, daß die Tatsache dieses prächtigen Museums und die Notwendigkeit einer würdigeren Anstellung sich den Zeitgenossen einprägen; eine Ausstellung, die ganz und gar im Sinne unserer großen Volkskunst ist.



Krautkranz mit Hüllgrasfloß



Hochzeitsstab





Christus an der Marterstule (Bayerisch)

Was schenke ich zu Weihnachten?

Viele Frage ist leicht zu beantworten, wenn Sie die heutige Ausgabe der **Zeitung** **„Der Heimatdienst“** lesen. Die **Zeitung** bietet passende Weihnachtsgeschenke in Originalverpackungen gegen Zahlung ohne Erhebung eines Zeitabnahmepreises an. Ausführliche Prospekte über weitere passende Geschenke sind auf Wunsch gern kostenlos.

Abstehende Ohren

verleihen dem Gesicht einen unedlen, oft stupiden Ausdruck. Sie sind oft die Ursache zu Spitzelreden. Wenden Sie „Rectodor“ an u. abstehende Ohren werden sofort durch „Rectodor“ sanftliegend, ohne daß das Hilfsmittel sichtbar ist. Nach einiger Zeit nimmt die Ohrschale die verbesserte Form dauernd an. Keine Injektion, sond. schmerzlose äußerliche Anwendung. Garantie für Unschädlichkeit. Preis Mk. 3,75. Vers. geg. Nachn. durch Schröder-Schenke, Berlin W 163, Post-samer Str. 20 a

Weine direkt ab Produktion!



Gegründet im Jahre 1822

Weingut Trimborm
Niederhammerstein (Post Rheimarkt)

Wo noch nicht vertreten, übertragen wir noch rührigen Herren den Verkauf unserer Marken und erblitte Aufträge

Nur Zivil- und Staatsbeamten

Bestern wir seit 1884 direkt ab unser Fabrik

Oberbetten

Unterbetten, Pfümaux und Kissen, Bettfedern und Daunen

streich direkt, gegen 6 Monate Ziel, ohne Anzahlung und monatliche Ratenzahlung.
Erste Rate 1 Monat nach Lieferung. Jedes Bett wird für jeden Kunden nach gestiehrer Wahl besonders angefertigt.
Minderwertige Ware führen wir nicht.

Lt. amt. notarieller Bestätigung:
 1. über 1.000 Kunden in mehr als 1000 Orten
 2. über 100.000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.
 3. Viele Kunden schreiben, daß solch gute Betten am eigenen Platze zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.

Gebr. Passmann A.-G.
Kölln 149, Trierer Straße 13.
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands.
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste, auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Teppich

Bouclé-Teppiche	Axminster-Teppiche	Velour-Teppiche
ca. 160/200 Mk 31,-	Mk 31,-	Mk 38,-
175/250 „ 49,-	„ 41,-	„ 54,-
200/250 „ 68,-	„ 61,-	„ 76,-
250/350 „ 108,-	„ 96,-	„ 121,-

Teppichläufer ca. 70 cm breit Kork, Mk 2,50, Bouclé Mk 5,20, Velour Mk 11,-, Tourmalin Mk 13,75, Tischdecken v. Mk 2, Divandecken v. Mk 15,- an
Univ., Kork, Granit, Jasper u. Solitär in eleganten Streifen
In Bestellung 1/2, Kassensort auf Originalpack, spez. angeordnete Liefer- und Werkzeuge

Geogr. 1899
Logo BERLIN
Potsdamerstr. 174
Nähe Potsdamer Platz

! Wein !

Nödling & Anheiser
Weingutshof
OPPENHEIM a. Rh.
Erstklassige Weine aus eigenen Weinbergen.

Man verlange Preisliste Ned. Günstige Zahlungsbeding.

Korbmöbel auf Teilzahlung!
Verlangen Sie gratis Katalog 131
Korbmöbelabrik
Blöcherstr. 10
Post K 1/2 (Bayern)

Abessinierbrunnen



kann jeder selbst aufstellen. Manschetten u. Klappen aus alumin. Krassstahl, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.

Illustrierte Preisliste gratis.
A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin N 800, Chausseestraße 28

GESCHIEDT 1800

Stoffe

aus Fabrikanten-Fabrik auf Teilzahlung
Muster ab Wunsch
Hermann Löhns
Hilfstr. 11, Berlin W 150 42

Wir vermieten


per scfurd oder zum 1. 12. d. J.

1 1/2 - 2 1/2 Zimmer-wohnungen

in:
Berlin-Reinickendorf
Pankower Allee

Auskunft:
Vermietungsbüro der Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues, Gemeinnützige Aktien-Ges., Berlin-Schöneberg, Innsbrucker Straße 31
Fernruf: Stephan 5521-23

HERMANN LÖNS



Neue außergewöhnlich billige Volksausgabe in 10 Ganzleinenbänden auf feinstem halbtz. Papier nur RM. 39,-

Inhalt: Bd. I. Dichtungen in der Höhe. Bd. II. Die Häuser von Obhölloh. Bd. III. Der letzte Hansbur. Bd. IV. Mein buntes Buch. Bd. V. Der zweckmäßige Meyer. Bd. VI. Hoh Röhloch. Bd. VII. Wahn. Bd. VIII. Heidsücker. Bd. IX. Skizzenbuch I. Bd. X. Skizzenbuch II. Hermann Löns ist mit Recht ein Liebling des deutschen Volks geworden, daher sollte diese wertvolle Ausgabe, das beste Denkmal für den Dichter, in keinem deutschen Hause fehlen. Ich liefere alle 10 Bände sofort auf Wunsch ohne jeden Teilzahlungszuschlag gegen bequeme Monatszahlungen von nur **RM. 4,-**

Weltreisen- und Forscherabenteuer
Von Ferd. Emmerlich, 15 geschmackvolle Halbheftbände, halbtz. Papier, klarer Druck, zu dem außergewöhnlich billigen Preise von **RM. 36,-**

Inhalt: Bd. I. Unter den Wilden der Südsee. Bd. II. Im Reich des Sonnen- goßes. Bd. III. Streifzüge durch Celebes. Bd. IV. Neuseeland. Bd. V. In Gran Chaco von Paraguay. Bd. VI. Im Herzen Brasiliens. Bd. VII. Auf den Antillen. Bd. VIII. In mexikanischen Urwäldern. Bd. IX. Jenseits des Äquators. Bd. X. Quer durch Hawaii. Bd. XI. Durch die Pampas von Argentinien. Bd. XII. Unt- d. Urwäldern Südbrasilens. Auf Wunsch liefere ich diese 12 Bände sofort ohne jede Trederhöhung gegen bequeme Monatszahl. v. nur **RM. 4,-**

Sigrid Undset
Nobelpreisträgerin
Verfasserin der Romantrilogie „Kristin Lavransdotter“
Herausgegeben von J. Sandmeyer
I. Band. Der Kranz. II. Band. Die Frau. III. Band. Das Kreuz. Preis 3 Bände in Leinwand **RM. 28,-** in Halbleder **RM. 35,-**
Einhäute von Professor F. H. Ehmke
Sigrid Undset wurde in dem großen Roman „Kristin Lavransdotter“ zum Nationaldichter ihres Volkes. — Mit diesem Werk tritt Sigrid Undset ebenfalls neben Hansson und die Lagerlöf und erreicht die Höhe ihrer Schaffenskraft. — Ich liefere alle 3 Bände sofort zum abgemessenen Ladenpreis gegen bequeme Monatszahl. von **RM. 4,-**

Buchhandlung f. Erdmann, Dortmund, Mönchengang 1
Postfach 307 — Postcheckkonto: Dortmund 135 80

Bestellschein (gef. einsehen): Ich bestelle hiermit bei der Buchhandlung F. Erdmann, Dortmund, lt. Inserat in der Zeitschrift „Der Heimatdienst“ folgende Werke:

gegen bar — gegen Monatszahlungen von RM. _____, der ganze Betrag — die 1. Rate ist nachzunehmen. (Sichtgewünschtes gef. streichen.) Erfüllungsort: Dortmund. Eigentumsvorbehalt.

Name u. Stand _____ Ort u. Datum _____

Notieren Sie bitte:

42 000 *Bezieher*

unserer Zeitschrift setzen sich ungefähr wie folgt zusammen:

22 000 höhere Beamte in Reich, Ländern und Gemeinden

10 000 Lehrer aller Gattungen, vom Hochschullehrer bis zum Dorfschullehrer

3 000 Auslandsdeutsche, vornehmlich Konsulatsbeamte Europas

2 000 Prominente aus dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben

5 000 Amtsstuben, Konferenzzimmer, Bibliotheken, Lesesäle

Lesen Sie bitte weiter:

ES LOHNT SICH ...

OTTO MACK
BERLIN O 17.
AM OSTBAHNHOF 12

POSTKASSE-NUMM. BERLIN 28730

VERTRAGS-NUMM. 2. JAN. 1930

BERLIN, den 1. August 1930. ... 1930.

An die

Armenen-Expedition

Dr. Walter Setzefand

Berlin S. W. 48.

Friedrichstr. 259.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich auf die Zeitschrift "Der Heimatdienst" wegen Inserierens aufmerksam gemacht haben und ich kann Ihnen mitteilen, dass der Erfolg meines Inserates ein sehr befriedigender war. Ich habe bereits auf das erste Inserat über 30 Zuschriften erhalten.

Die Wünsche von diesem Schreiben in jeder Weise getreu nachzugehen und ich danke Ihnen nochmals für Ihre freundliche Beratung in meinen Inseraten-Angelegenheiten.

Erbachtungsvoll

Otto Mack

Spezialbüro für die Deutscher-Vereinigte Krankenversicherungs-A. G. (vormals Godesberg, Komms und Selbsthilfe)

Spezial-Büro für die Deutscher-Vereinigte
Otto Mack, Berlin S.W. am Bahnhof H

**SCHON
EIN
INSERAT**

ZAHLENBILDER

KURVEN KARTEN



MONATSSCHRIFT

IN BILDERN FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT U. KULTUR

Seit Jahren entstehen in unserem Zeichen-Atelier täglich Zahlenbilder, durch die versucht wird, die toten Zahlenfriedhöfe der Statistiken lebendig und für das praktische Leben nutzbar zu machen.

Sie gelangen auf vielen Wegen als Illustrationen in Tageszeitungen und Bücher, als Diapositive, Wandbilder, Ausstellungstafeln usw. in die Öffentlichkeit.

Immer wieder sind wir von den verschiedensten Seiten ersucht worden, unser nahezu unerschöpfliches Material auf eine preiswerte, praktische Art und Weise auch weiteren Kreisen regelmäßig bekannt und zugänglich zu machen.

Diesen mannichfachen Wünschen wollen wir nunmehr Rechnung tragen, indem wir ab 1. Januar 1930 eine kleine Zeitschrift in Kartothekform herausgeben, die das Material, soweit es über den Tag hinaus Bedeutung hat, in handlicher Form bringt. Sie bringt monatlich etwa 30 Karten auf ausgezeichnetem schweren Kunstdruckkarton in einfarbiger Ausführung. Für jede Bildkarte wird ein Blatt mit erläuterndem Text dazugegeben. Bildkarte und Textblatt sind perforiert und haben die Größe der Weltpostkarte 10,5 zu 14,8 cm mit einem 1 cm hohen Rand zur Aufnahme der Einteilung. Der Preis der Zeitschrift beträgt jährlich RM. 20,—. Er kann in 2 Raten entrichtet werden. Bestellungen nur direkt. Zusendung durch Kreuzband. Einzelhefte kosten RM. 3,—; einzelne Karten werden nicht abgegeben.

Deutscher Lichtbilddienst G. m. b. H.

Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Ohne jeden Ausverkauf

verkaufe in meinem regulären Betriebe

Klubsessel in Stoff von 25 M an
in Rindleder v. 75 M an
modernen Eiche-Sessel mit Stoff 39 M

Hochelegante **Luxus-Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer**
und Salons und viele aparte Einzelmöbel

moderne Couches von 80 M an
Chippendale-Sessel u. Sofas mit losen Daunenkissen in Velours u. Brokat,
reich gezeichnet, Sessel, Stühle, Garnit., Tische, Rauch- u. Teetische, Vitrinen

und vieles andere **spottbillig**

H. Lipke gegr. Backsteine str. 6 bis 7
1848 genau Koch Nr. 6

Feine Rhein-Weine
 nur direkt von **Erich Müller**
 Bismarck & Hindenburg
 Nierstein a. Rhein
 (Inh. d. F. Weinst. Geesch. Straß.)
 Verlage 2/4 Preisliste 4/1

150 Briefmarken gratis
 nur Ausland und un-
 verbindliche Auswahl-
 sendung. Alle Alben und Kataloge lieferbar
PAUL LAHN
 Berlin-Steglitz, Kiefernstr. 5

Harmoniums
 auch ohne Notenkenntnis mit Spiel-
 apparat sofort spielbar. Reiche Auswahl!
 Gelegenheitskäufe! Bequem Zahlfreio.
 Prospekt H kostenlos.
Piano und Harmoniumhaus
 Lützowstraße 68, hpt., nahe Lützowplatz.

Ohne Anzahlung Teppich-Vertriebs Ges. m. b. H.
 Diskrete Abwicklung. Verl. Sie
 sofort bemusterte Offerte.
 Versand nach auswärtige Postfreie!
 Berlin W.8. Kronenstr. 66/67.
 Beamte 5% Rabatt.

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft
 (vorm. Gedweg, Kosmos und Selbsthilfe)
 Aktienkapital 5 Mill. RM. Reserven über 4 Mill. RM.
 Versichertenbestand über 400 000
Krankenversicherung mit Gewinnbeteiligung!
 Vertragsgesellschaft vieler großer Verbände!
 Vollständig freie Artwahl! / Kein Krankenschein und keine
 Krankmeldung! / Keine ärztliche Untersuchung bei der Auf-
 nahme! / Hohe Leistungen bei Arzt-, Arznei-, Operations-
 und Krankenhauskosten!
 Wochenhilfe! Bei Unfall sofort Anspruch
 Hohes Sterbegeld! auf die Leistungen!
 Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbind-
 lichkeit Prospekt und Aufnahmeschein durch
OTTO MACK, Berlin O 17, Am Ostbahnhof 12

Deutscher Lichtbild-Dienst G. m. b. H.
 Berlin W 35, Potsdamer Str. 41
Auf jeden Weihnachtstisch gehört:
 1. ein D. L. D. Photo-Apparat
 bereits von 12,- an — oder
 2. ein Heim-Kino od. Einbild-Werfer
 schon von 12,- an — oder
 3. Photobedarf u. Zubehör aller Art
 Heimplampen, Stativ, Kamerataschen, Alben, Filme, Glasbilder
 Reiche Auswahl am Lager.
 Versand schnellsten, von 12,- an sponserfrei. Voreinsendung des
 Betrages oder Nachnahme. Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.
 Fordern Sie Photo-Katalog und Spezial-Prospekte kostenlos an.
 Kostenlose Beratung und Spezial-Offerten unverbindlich.

Weltpolitische Bücherei
 Ein umfangreicher Prospekt
 über diese Bücherei der Köpfe
 ist soeben erschienen.
 Interessenten für dieses bedeutsame Verlagswerk erhalten
 ihn auf Anfordern kostenlos.
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W. 35

Einmaliges Sonderangebot!
4 Ganzleinenbände von Paul Keller
 statt früher RM. 28.— **1140**
 nur RM. 1140

1. In fremden Spiegeln, 308 Seiten
2. Titus und Cimotheus, 290 Seiten
3. Die Inseln der Einsamen, 248 Seiten
4. Altenroda, Seminartheater, Grünlein, 429 Seiten

Alle 4 Bände, die auf holzfreiem Papier hergestellt sind,
 liefern wir trotz des außergewöhnlich billigen Preises gegen
 Monatsraten von 3 Mark porto- und verpackungsfrei

Bestellschein: Deutschen Beamten-Buchhandlung
 Ich bestelle bei der
Kaufstelle des Deutschen Beamten-Verbandsbuchhandlung,
 Berlin SW 68, Neuenburger Straße 8, 10. Stg. H.
P. Keller, 4 Bde., zum Preise von RM. 1140.— gegen Monatsraten à — bei
 ganzer Betrag — die erste Rate — folgt gleichzeitig — folgt am — ist nach
 nach — folgt auf Postbestellung: Berlin Nr. 130 721 (Verlängerung Berlin-Ritte)
 Name und Stand: _____
 Ort und Datum: _____

BITTE
 nehmen Sie bei Ihren
 Anträgen und Bestel-
 lungen Bezug auf den
 „Heimdienst“
**„Diana“ Draht-
 Matratzen**
 Bettstellen, Polster
 Preisliste umsonst.
JOH. NIC. DEHLER
 Coburg 15

BRIEFMARKEN!
 Auswahlhefte jeder Art mit sehr billigen Proben
 steben ersahenen Sammlern gern zur Verfügung.
 Bestellen Sie in eine Auswahlhefte:
S. W. Hess, Frankfurt a. M., Goethestraße 2.

Briefmarkensammler
 verlangt sof. Proben-
 sammler einer
 großen Fach-
 schrift mit wert-
 voll Mitteilungen
„Die Post“ Berlin N 18
 Friedrichstraße 131 d

Thüringer Pflaumenmus
 par, rühm, unkerperstalt,
 feinste Qualität, 10 Pfund-
 Kimer M. 4,25 ab hier Nachn.
**Otto Müller, Pflaumenmus-
 schick, Schützen 1, Thür. 12.**

Fabrik von Berlespacher
NISTHÖHLEN
 HERM. SCHEID, BÜREN
 (WESTF.) KUNERSDOBF
 b. Frankfort (Oder).
 Zuschriften zur
 nach Büren (Westf.). Ein-
 zigste Firma, die nur streng
 nach Vor-
 schrift arbeitet
 und direkt
 Kontrakte des
 Führ. v.
 Berlespach
 arbeitet.
 Unster.
 Preisliste
 auch über
 Winter-
 stützung
 kostenlos.



Empfehlung
 „Die Welt“
 „Die Post“
 „Die Zeit“
 „Die Welt“
 „Die Post“
 „Die Zeit“

Auber-2
 Eine gebrauchte
 Größe 45-10-25
 für alle Zwecke
 des Hausgebrauchs
 (Wäsche, Staub,
 etc.)
 Preis 120,- ab Fabrik
 ohne Transportkosten
 über zahlbar an
 die Fabrik
Schallplatten
 Preis 120,- ab Fabrik
 ohne Transportkosten
 Prospekt gratis.
AUBER-2
 WÄSCHE-RAUPE
2 M.
 ANZAHL
 PREIS 75
Deutsche Sprechmaschinen Central-Abk. G.
 Berlin (Ost) (Hardenbergstr.)